Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 6700a 3. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62. Dienstag, den 14. März 1899. 6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 11. März 1899.

Im Reichstage erregte unser Genosse Bebel heute wieder großes Mißfallen, natürlich bei den Herrschaften mit dem nationalen Bewußtsein. Es wurde der Colonialetat verhandelt, und Bebel, anstatt wie ihm Herr Graf Arnim mit erheblicher Entrüstung vorhielt — das Lied von Deutschlands Größe und Herrschaft über den Wassern zu singen, erlaubte sich vielmehr, einige andere Dinge zur Sprache zu bringen, die die culturfördernde Macht unserer Weltpolitik zwar zur Genüge, aber nicht nach dem Willen jener Herren demonstrirten. Unsere Colonialschwärmer haben nämlich entdeckt, daß zu einer Kolonie auch eine Bevölkerung gehört, und da ohne Frauen eine solche auf die Dauer nicht garantirt werden kann, unsere Colonieen aber auf die deutschen Mädchen trotz aller schönen Singspielhallen-Lieder nicht die nötige reale Anziehungskraft ausüben, so will man so einen modernen Raub der Sabinerinnen insceniren. Man will durch einen gut ausgearbeiteten Vertrag „Mädchen für Alles“ in großer Zahl nach Afrika hinüberziehen — das „für Alles“ im weitesten Sinne verstanden. Und dazu verlangt man einen Zuschuß aus der Reichskasse. Genosse Bebel genirte sich in seiner Kritik dieser famosen Verfahrens natürlich keineswegs. Er nannte die Sache beim rechten Namen: Import weißer Sclavinnen. Da die Herren von der Rechten sachlich nichts zu erwidern wußten, so versuchten sie es wieder einmal mit persönlichen Anzapfungen. Aber damit hatten sie wenig Glück.

Aus der Sitzung ist sonst nur noch hervorzuheben die Anfrage Richters wegen des alexandrinischen „Bombenattentats“ und die gewundene Antwort des Kommissars. Die Blamage der italienischen und englischen Spitzel und Bombenschwindler ist jetzt offenkundig - aber das Decorum muß gewahrt bleiben.

---

54. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Dr. v. Buchka, v. Posadowsky.

Die zweite Berathung des Kolonialetats wird fortgesetzt beim Etat für das Schutzgebiet Togo. Derselbe wird debattelos genehmigt.

Es folgt der Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet.

Bebel (SD.): Ich möchte an den Herrn Direktor der Kolonialabtheilung über einen Vorgang eine Anfrage richten, der in den letzten Wochen ziemlich viel Staub aufgewirbelt hat. Herr Dr. Esser hat über die Westküste Afrikas ein Buch herausgegeben und am 6. Februar 1897 in der Gesellschaft für Erdkunde einen Vortrag gehalten über „meine Reise nach Kunene im nördlichen Gebiet von Deutschsüdwestafrika“. Er ist wegen dieses Vortrags allgemein als verdienter Geograph und Kolonialpolitiker gepriesen worden und erhielt einen für seine Stellung ungewöhnlich hohen Orden, der ihm mit einer schmeichelhaften Anrede des Kaisers überreicht wurde. Nun ist er aber nachträglich auf Grund seines Buches und Vortrags in der hiesigen „Täglichen Rundschau“ von einem Dr. Hans Wagner sehr heftig angegriffen worden, der ihm nachweist, daß er eigentlich ein Schwindler sei. Die Reisen könne er in der kurzen Zeit unmöglich gemacht haben; seine Angaben über Land und Leute seien auch ganz unrichtig. Wenn nun die Sache so liegt, wie sie in der Presse dargestellt worden ist, so kann ich mir wohl denken, wie unangenehm man in den höchsten Kreisen berührt ist, daß man sich so dupiren ließ. In der Presse wird auch ganz offen ausgesprochen, daß Dr. Esser diese Ordensverleihung nur dem Umstande zu verdanken hat, daß sich Freiherr von Mirbach, der Oberhofmeister der Kaiserin, seiner angenommen habe, weil er nämlich einen sehr bedeutenden Beitrag für Kirchenbauten gegeben hat. Ich möchte nun den Herrn Kolonialdirektor bitten, mitzutheilen, ob sich die Thatsachen, die ich auf Grund von Mittheilungen der „Täglichen Rundschau“ hier vortrug, wirklich so zugetragen haben.

Kolonial-Direktor Dr. v. Buchka erwidert, daß Dr. Max Esser mit der Kolonialverwaltung nichts zu thun habe. (Hört, hört!) Ueber die Verleihung des Ordens könne er nichts aussagen, daß sei lediglich die Prärogative des Kaisers.

Bebel (SD.): Gewiß hat der Kaiser das Recht, Orden zu verleihen, wem er will, für gewöhnlich werden doch aber zuvor Erkundigungen bei dem betr. Ressortchef eingezogen über die Person, die den Orden erhalten soll. Das ist in diesem Falle nicht geschehen, wie ich aus den Ausführungen des Herrn von Buchka entnehme.

Das Ordinarium wird bewilligt, nur von den sachlichen und vermischten Ausgaben werden 6000 Mk. gestrichen. Zur Beihilfe für sich ansiedelnde deutsche Mädchen werden 250 000 Mk. verlagt. Die Kommission beantragt, diese Forderung zu streichen.

Bebel (SD.): Ich muß noch mit einigen Worten auf den bekannten Vertrag eingehen. Die Mädchen müssen sich in Süd-Westafrika verpflichten, sämmtliche Dienste zu leisten, die man von ihnen verlangt, wenn sie auch nicht unter die Thätigkeit eines „Mädchens für Alles“ fallen. Bei Streitigkeiten zwischen Dienstmädchen und Herrschaften ist der Gouverneur die einzige Instanz. Der Lohn von 20 Mk. pro Monat ist für die dortigen Verhältnisse nicht ausreichend. Der Transport hin geschieht auf Reichskosten, wie die Mädchen aber zurückkommen, ist ihre Sache. Wenn ihnen ihre Stellung nicht gefällt, werden sie oft genöthigt sein, zu welchem, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Nachdem ich diesen Vertrag kenne, kann ich unmöglich für diese Position stimmen.

Graf Arnim (Rp.): Die Mädchen werden dort vollkommen ernährt und beköstigt, so daß ihr Lohn hoch genug ist. Verschiedene von ihnen haben auch sofort Heirathsanträge bekommen. Daß sie nicht so leicht wieder zurückfahren können, ist sehr gut bei der Wandelbarkeit des weiblichen Sinnes (Große Heiterkeit, links!) — wenn Sie diese Erfahrung noch nicht gemacht haben, Herr Bebel, um so besser für Sie (Heiterkeit). Wenn Herr Bebel so sehr gegen die Einfuhr von Mädchen ist, so soll er eben die Mittel bewilligen, die erforderlich sind, um das Land rentabel zu machen — für Eisenbahnen u. s. w. — dann werden von selbst sich ganze Familien dort ansiedeln. Ich hoffe, daß Herr Bebel das nächste Mal dafür stimmen wird. (Heiterkeit.)

Müller-Sagan (FVp.) erklärt, es widerspräche seinem Gefühl, daß man Dienstverträge abschließen wolle, die gleichzeitig zu geschlechtlichem Verkehr führen sollen. Gegen die Einführung von weißen Sklaven müssen wir entschieden vorgehen.

Bebel (SD.): Der Vertrag begründet in der That ein wahres Sklavenverhältniß. Die Höhe der Lebensmittelpreise ist für die Mädchen keineswegs gleichgültig. Daß die Rechtsprechung des Gouverneurs stets zu Gunsten des Mädchens ausfallen wird, muß ich bei den freundschaftlichen Beziehungen, in denen er zu den Herrschaften steht, sehr bezweifeln, selbst wenn ich seinen guten Willen anerkenne. Was die Wandelbarkeit des weiblichen Geschlechts anlangt, so hat Graf Arnim wohl sehr traurige Erfahrungen damit gemacht (Heiterkeit). Aber das darf uns nicht abhalten, einem deutschen Mädchen das zuzugestehen, was jedem Kuli, jedem Neger zugestanden wird. (Sehr richtig! links). Herr Graf Arnim meint, ich sollte Mittel angeben, wie der Noth der Kolonien abgeholfen werden soll. Aber das ist nicht meines Amts bei der Stellung, die unsere Partei zur ganzen Kolonialpolitik einnimmt. (Sehr richtig!)

Prinz Arenberg (Ctr.) meint, die Auswanderung der deutschen Mädchen müsse gerade denen sympathisch sein, die für die Frauenemanzipation eintreten; die Mädchen werden durch den Gouverneur genügend geschützt. Er ist doch kein bloßer Friedensrichter, er sorgt auch dafür, die Mädchen zu verheirathen und Familien zu gründen. Die Höhe der Löhne sei ausreichend; in Afrika sind die Toilettebedürfnisse nicht so groß. (Heiterkeit). Auch wir haben aber für Streichung der Forderung gestimmt, weil uns der Vertrag noch nicht vorlag, und wir auch größere Kautelen wollen.

Kolonialdirektor von Buchka erklärt, es seien Schritte gethan, um den Vertrag abzuändern. Die Rückfahrt werde garantirt, bei Streitigkeiten würde der gerichtliche Weg ogen gehalten werden. Die Tendenz des Vertrages sei aber zu billigen, sie sei in hohem Maße kulturfördernd.

Bebel (SD.): Es freut mich, daß der eigentliche Zweck des Vertrages, die Heirathsvermittlung, so offen anerkannt wird. Sonst hat das Centrum sich stets gegen die Heirathsvermittlungsbureaus erklärt. (Heiterkeit). Mit Frauenemanzipation hat die ganze Geschichte nichts zu thun; sie bedeutet im Gegentheil nur eine neue Form der Sklaverei.

Graf Arnim (Rp.): Die Behauptung des Herrn Abgeordneten Bebel, daß ich diese ganze Debatte hier hervorgerufen habe, ist recht bezeichnend für ihn, der ja mit der Wahrheit immer auf gespanntem Fuße steht. (Oho! links.) Für die Thätigkeit des Abgeordneten Bebel, der wir immer weiter auf die Spur kommen und die Maske abreißen müssen, ist es charakteristisch, daß er alles auf persönliche Dinge zurückführt, um stets Skandale herbeizuführen. In diesem Jahre hat er keine Skandale gewußt; und da muß er hinter den 17 Mädchen herlaufen. (Allgemeine Heiterkeit.) Lesen Sie das Buch des Herrn Bebel über die freie Liebe; dann werden Sie sehen, daß er nicht das Recht hat, sich um diese Dinge zu bekümmern. (Anhaltende Heiterkeit.)

Bebel (SD.): Zunächst danke ich dem Herrn Grafen Arnim für die unfreiwillige Reklame, die er soeben für mein Buch gemacht hat (Heiterkeit); er hat aber einen falschen Titel genannt. Wenn ich hier Skandaldinge zur Sprache bringe, wie Graf Arnim meint, so ist das nicht meine Schuld. Es wäre uns auch lieber, wenn dies Graf Arnim und seine Freunde thäten. Denn das wäre wohl wirksamer! Der Herr Graf Arnim wird wohl nicht bestreiten wollen, daß er Kolonialschwärmer ist. Wenn ich von Kolonialschwärmerei rede, so meine ich damit, daß er für Dinge eintritt, die bis zu gewissem Grade im Wolkenkuckucksheim liegen. Und ich sagte, wir wären zu der ganzen Erörterung nicht gekommen, wenn er nicht in so ungeschickter Weise sich des Vertrages angenommen hätte, gegen den er später selber in der Kommission gestimmt hat. Ich finde, der Widerspruch ist nicht auf meiner, sondern auf seiner Seite.

Die Forderung wird dem Antrage der Kommission entsprechend abgelehnt.

Der Rest des Extraordinariums und die Einnahmen werden debattelos genehmigt.

Zum Etat für Neu-Guinea beantragt die Kommission folgende Resolution anzunehman: die Zustimmung zu dem Etat für das Schutzgebiet von Neu-Guinea auf das Rechnungsjahr 1899 nur unter der Bedingung zu ertheilen, daß der Vertrag vom 7. Oktober 1898 zwischen dem Reichskanzler und der Neu-Guinea-Kompagnie in dem Artikel 7 dahin abgeändert wird, daß das Auswahlrecht der Neu-Guinea-Kompagnie von zehn auf drei Jahre, sowie daß diese Auswahl auf das Kaiser-Wilhelmsland beschränkt wird.

Die Resolution wird nach kurzer Debatte angenommen; der Etat für Neu-Guinea wird bewilligt. Damit ist der Kolonial-Etat erledigt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amts, beginnend beim Kapitel Kolonial-Verwaltung.

Auf eine Anfrage des Abg. Graf Stolberg (kons.) erwidert Kolonialdirektor von Buchka, daß Herr Cecil Rhodes anwesend sei und daß Verhandlungen mit ihm wegen der Durchführung der centralafrikanischen Eisenbahn durch deutsches Gebiet schweben. Das Haus könne davon überzeugt sein, daß die deutschen Interessen gewahrt bleiben würden.

Hasse (NL.) giebt der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung in allen Fällen, wo ausländisches Kapital mit deutschem gemeinsam arbeitet, nachdrücklich für letzteres eintreten werde.

Richter (FVp.): Ich kann den Erklärungen des Kolonialdirektors nur beipflichten. Zur Sache selbst nehme ich keine Stellung. Aber im Allgemeinen kann ich doch nicht annehmen, daß man in den Schutzgebieten exklusiver sein sollte, als man in der Eisenbahnpolitik in Deutschland selbst ist. Daß der Kolonialdirektor die deutschen Interessen wahren wird, bezweifle ich nicht, wie ich überhaupt niemals gesehen habe, daß man in der deutschen Kolonial-Verwaltung die deutschen Interessen vernachlässigt.

Lieber (Z.) bestreitet, daß das Zentrum irgend welche Beziehungen zu Cecil Rhodes habe und ihn mit offenen Armen empfange, wie ein Artikel der „Staatsb. Ztg.“ behauptet habe.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gesandtschaften“ fragt

Richter an, was an den Gerüchten Wahres sei, daß Deutschland den Ankauf der Karolinen plane.

Staatssekretär von Bülow: Ueber diesen Punkt bin ich nicht in der Lage, etwas mitzutheilen. Mit einer akademischen Erörterung würde unseren Interessen wenig gedient sein. Die Situation läßt sich erst übersehen, wenn der neue Handelsvertrag von den Cortes genehmigt ist. Die neu zu wählende spanische Deputirtenkammer könne aber vor Ende April nicht zusammentreten.

Richter: Ich möchte jedenfalls rechtzeitig verhüten, daß zu den bisherigen werthlosen Kolonien noch eine werthlose erworben wird.

v. Kardorff (Rp.) bittet den Abg. Richter, doch endlich aufzuhören, immer von werthlosen Kolonien zu sprechen.

Richter: Ich werde solange von werthlosen Kolonien sprechen, als sie werthlos sind.

Graf Arnim (Rp): Der Abg. Richter hat zwar zum Glück gar keinen Einfluß auf die deutsche Kolonialverwaltung, leider aber hat er Einfluß auf das deutsche Kapital und ist Schuld daran, wenn dieses sich von unsern Kolonien fernhält.

Richter: Die beiden Herren müssen mich doch für einen sehr einflußreichen Mann halten. (Heiterkeit.)

Nach weiterem Geplänkel zwischen dem Abg. Arendt (Rp.) und Richter wird die Forderung bewilligt.

Angenommen wird eine Resolution, die den Reichskanzler auffordert, die Berichte der land- und forstwirthschaftlichen Sachverständigen im Auslande den Reichstags-Abgeordneten in möglichst ausführlicher Form zugänglich zu machen.

Beim Titel „Konsulat in Alexandrien“ wünscht

Metzger (SD.), daß der Staatssekretär die deutschen Konsuln anweise, die Seemannsordnung im Interesse der deutschen Seeleute sorgfältiger im Auge zu behalten, wird aber vom Präsidenten Graf Ballestrem unterbrochen, der so allgemeine Ausführungen nur bei Titel 1 gestatten will.

Richter (FVp.) bringt das angebliche Bomben-Attentat in Alexandria zur Sprache. (Aha! rechts.) Im preußischen Abgeordnetenhause hat der Minister des Innern neulich auf meine Anfrage konstatirt, daß die Sache einen sehr ernsten Hintergrund habe. Die Nachrichten Alexandrinischer Blätter, so der „Reforme“, lauten ganz anders. Hiernach ist gegen 13 Personen nur wegen unerlaubter Verbindung ein Verfahren eingeleitet worden. Die Anklagekammer aber hat die Absicht eines Attentats für ausgeschlossen erklärt. Einer soll wegen Vorspiegelung eines Verbrechens angeklagt sein und das Blatt fügt hinzu, daß er den ganzen Bombenanschlag im Dienste der englischen Polizei ausgeheckt habe. Dieser Bazani habe selbst als Gast die Bombenkiste in der Wirthschaft des Parini niedergelegt und sei dann eine Stunde später in Begleitung der Polizei erschienen, die die Kiste beschlagnahmt hat.

Direktor im Auswärtigen Amt Hellwig verliest drei Berichte des deutschen Konsuls aus Alexandria, welche im wesentlichen die Thatsachen wiederholen, welche im Oktober vorigen Jahres durch die Blätter gegangen sind. Die italienische Polizei hat die Untersuchung geführt. Daß die Verhafteten sämmtlich freigesprochen oder freigelassen sind, weil die ganze Sache erschwindelt sei, ist unrichtig. Ein Urtheil liegt überhaupt noch nicht vor. Die Anklagekammer des italienischen Konsulats in Alexandria hat 14 Angeklagte unter Aufrechterhaltung der Haft vor das Schwurgericht in Ancona verwiesen. Sie hat sich aber nicht davon überzeugen können, daß die Beweise ausreichend seien dafür, daß es sich um ein Attentat gegen den deutschen Kaiser handle. (Hört, hört! links). Dagegen sind 9 Angeklagte wegen verbotener Verbindung, 4 wegen Betriebs einer heimlichen Druckerei usw. vor das Schwurgericht verwiesen. Einer allerdings auch wegen Simulation eines Verbrechens. Doch lassen die bisherigen Berichte den näheren Thatbestand noch nicht erkennen. Jedenfalls werde dieser Theil des Anklagebeschlusses nichts beweisen, daß irgend eine amtliche Person oder Behörde wissentlich einer Fälschung sich schuldig gemacht habe, sondern höchstens, daß einer der Angeklagten geflunkert hat. Wir werden nun das Resultat der Schwurgerichtsverhandlungen in Ancona abzuwarten haben.

Die Forderung wird darauf bewilligt

Die Weiterberathung wird auf Montag, Mittags 1 Uhr vertagt. (Außerdem Antrag Rickert betr. Sicherung des Wahlgeheimnisses. Antrag Liebermann v. Sonnenberg betr. Erlaß eines Schächtverbots.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Militärvorlage. Mit großem Eifer wird für die Militärvorlage Stimmung gemacht. Um den Philister einzuschüchtern, verbreiten die Reptilien das Gerücht, der Kriegsminister habe am Donnerstag Weisung erhalten, auf

der unveränderten Annahme der Militärvorlage zu bestehen. Wenn die Ablehnung der Regierungsvorlage alsdann nur mit einer kleinen Mehrheit erfolge, so wolle man den Versuch machen, durch **Auflösung des Reichstags** auch die vom Centrum abgelehnten 7006 Mann von einem neuen Kartellreichstag bewilligt zu erhalten. Die „Nationall. Korresp.", die „Deutsche Tagesztg.", die „Staatsbürgerztg." und die „Berl. Neuest. Nachr." wirken bei dieser Wauwaumache mit vertheilten Rollen.

Voraussichtlich wird die entscheidende Abstimmung morgen, Dienstag, den 14. März kurz nach 1 Uhr vorgenommen. Wer sich also, so schreibt die ultramontane „Germania", mit der Hoffnung begnügt, es werde am Dienstag noch zu langen Debatten kommen und die Abstimmung erst am Mittwoch stattfinden, wird bei seiner verspäteten Ankunft die Sache bereits entschieden finden.

Nach einer Berechnung der „Freisinnigen Zeitung" würde, wenn alle Abgeordneten zur Stelle wären, die Regierungsvorlage mit großer Mehrheit abgelehnt werden. Auf die der Regierungsvorlage zustimmenden Parteien und die ihr zugehörenden Wilden entfallen danach im ganzen **160** Abgeordnete, auf die Gegenparteien **235**, da gegenwärtig die Gesammtzahl der Mandate 295 beträgt. Die Centrumspartei werde einstimmig (???) gegen die Regierungsvorlage votiren, ebenso die Polen, die Freisinnige Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Elsässer.

Die Militärverwaltung hatte, so lesen wir in der „Freisinnigen Zeitung", auch bereits begonnen, sich auf die Beschlüsse der Budgetkommission im einzelnen einzurichten. Der Kriegsminister hat erklärt, bis zum nächsten Dienstag die Abänderungen mitzutheilen, die infolge der gefaßten Entschlüsse an dem Militäretat für 1899 vorgenommen werden müßten. Alsdann soll am Dienstag die Budgetkommission diesen Etat in Gemäßheit der Beschlüsse zur Militärvorlage feststellen.

„Wenn es durch irgend welche äußeren Mittel gelänge, andere Beschlüsse im Plenum herbeizuführen, so würde der Militäretat bis zum 1. April überhaupt nicht zur Feststellung gelangen können, da alsdann wiederum Umrechnungen stattfinden müßten . . . Bei einer etwaigen Reichstagsauflösung würde es sich nicht mehr bloß handeln um ein Mehr oder Weniger von 7006 Mann, sondern einfach darum, ob überhaupt dem Reichstag noch ein Mitbestimmungsrecht zuerkannt wird in Militärsachen, oder ob der Militärabsolutismus bis in seine letzten Konsequenzen hinein Platz greifen soll. **Vortheil aus einer Auflösung würden die Sozialdemokraten haben."**

Wir glauben allerdings, daß die Vereinbarung des Centrums mit der Regierung diese Vermuthungen und Berechnungen über den Haufen werfen wird. Die Regierung wird was sie will erhalten; das Auflösungsgerücht ist nur ein Schreckmittel der Offiziösen. Uns freilich schreckt es nicht; wir würden den Wahlkampf in Ehren bestehen und dabei zugleich für die Löbtauerei in Frakturschrift quittiren.

Die Kommissionsmehrheit hat eine Erhöhung der Präsenzstärke um 861 Offiziere, 3229 Unteroffiziere und 16 271 Gemeine bewilligt.

Eine Tartarennachricht jagt die andere. Wie ein Berichterstatter meldet, soll die Stellung des Kriegsministers erschüttert sein. Der „Nationalzeitung" zufolge beruht dies offenbar auf dem Eindruck, den „das wenig entschiedene Auftreten des Ministers gegenüber dem in der Kommission angenommenen Antrag Lieber machte."

Wie sich doch die Zeiten ändern! Die Welt ist rund und muß sich drehn, was unten liegt, wird oben stehn. Noch ist das drastische Telegramm, das der deutsche Kaiser beim Einfall Jamesons, des ungekrönten Königs von Süd-Afrika, in Transvaal an Ohm Krüger richtete, in lebhafter Erinnerung, und jetzt wird Herr Cecil Rhodes der Veranstalter jenes Einfalls, in Berlin vom Kaiser empfangen! Einen Sturm der Erregung und Entrüstung rief damals dieses Telegramm in ganz England hervor, und heute singt die englische Presse dem deutschen Kaiser Ruhmeslieder und preist seinen offenen Sinn und weiten Blick. Wenig mehr als drei Jahre liegen zwischen diesen Vorgängen — so schnell ändern sich die Zeiten und die internationalen Beziehungen!

Zur Samoafrage. Ueber die neueren Vorgänge auf den Samoa-Inseln werden im „Reichs-Anzeiger" eine Reihe amtlicher Aktenstücke veröffentlicht. Der deutsche Generalkonsul Rose resumirt sich am Schluß seines ersten Berichts:

„Eine Eigenthümlichkeit der jetzt beendeten Unruhen ist, im Unterschied von früheren Vorgängen gleicher Art, ihre kurze Dauer. Es haben die gewöhnlichen Begleiterscheinungen samoanischer Wirren: die Unsicherheit des Eigenthums der Weißen, die Beraubung der fremden Pflanzungen, gefehlt. Mataafa hat an den Kämpfen nicht theilgenommen, und auch von englischer Seite wird in einer in der hiesigen Zeitung veröffentlichten Zeitschrift besonders anerkannt, daß er für den Krieg nicht verantwortlich und bis zuletzt bemüht gewesen sei, denselben zu verhindern."

Die Nichtanerkennung der provisorischen Regierung Seitens des Oberrichters Chambers hat den Conflikt verschärft. Generalkonsul Rose hat dies in einer Bekanntmachung vom 9. Januar hervorgehoben:

„Die provisorische Regierung ist hervorgegangen aus dem gewaltsamen Umsturz der Entscheidung des Oberrichters Herrn Chambers in der Königsfrage, durch welche die Mataafapartei für regierungsunfähig erklärt wurde. Eine Fortführung der oberrichterlichen Geschäfte durch den Oberrichter Herrn Chambers als Bestandtheil dieser gegen seine Entscheidung zu Stande gekommenen Regierung ist hiernach rechtlich ausgeschlossen."

Uebrigens wird der amerikanische Oberrichter Chambers abberufen!

Die Denunzianten und Scharfmacher an der Arbeit. Nicht nur die zahlreichen Majestätsbeleidigungsprozesse zeigen, wie eifrig die Denunzianten an der Arbeit sind. Alle Augenblicke fühlt sich irgend ein Scharfmacherorgan gemüßigt, irgend einen in Beamtenstellung befindlichen Deutschen, der sich in einer ihnen unbequemen Weise mündlich oder schriftlich äußert, bei der vorgesetzten Behörde oder bei dem Staatsanwalt zu denunziren. Dieser Tage berichteten wir, daß ein rheinisch-westfälisches Bismarckblatt den Pfarrer Richen in Viersen am Niederrhein bei dem Staatsanwalt denunzirt hat, weil er sich über den verstorbenen Fürsten Bismarck in einer im Zentrum im Allgemeinen durchaus geläufigen Weise geäußert hatte, was ein gutes Recht trotz aller Scharfmacherproteste bleiben wird. Die Berliner „Volks-Ztg." ist in der Lage, zwei Briefe, welche die Richen'sche Rede betreffen, mitzutheilen. Der eine ist vom Zentrums-Abgeordneten Dr. Lieber; derselbe erklärt darin dem Herrn Richen:

„Auf mich kann sich Niemand berufen, um Katholiken zur Betheiligung an der Errichtung eines Bismarckdenkmals zu bestimmen oder solche Katholiken Viersens, welche diese Betheiligung ablehnen, in's Unrecht zu setzen. Ich habe nichts gethan, als diejenige Anerkennung wiederholt und bekräftigt, welche schon der sel. Dr. Windthorst den Bemühungen des † Fürsten Bismarck um das deutsch-österreichische Bündniß im Reichstage gezollt hat. Dieser Akt der Gerechtigkeit auch gegen unseren gewaltigsten Widersacher ändert nichts an unserer Beurtheilung desselben im Uebrigen und im Allgemeinen."

Der zweite an Herrn Richen gerichtete Brief ist vom Oberlandesgerichtsrath und Reichstags-Abgeordneten Roeren und lautet:

„Ew. Hochwürden gestatte ich mir, die vollste und freudigste Zustimmung auszusprechen. Wie ein Zentrumsmann eine andere Stellung einnehmen könnte, ist mir unverständlich; denn nie und nimmer läßt sich von der Person Bismarcks trennen, daß er der Vater jenes traurigen Kulturkampfes ist, der so unsägliches Elend über unsere Kirche in Deutschland und über unser treu katholisches Volk gebracht hat und an dessen Wunden Kirche und Volk noch jetzt auf das Empfindlichste leiden. Konnte man am offenen Grabe des todten Bismarck die bittereren Empfindungen zurückdrängen, so tritt in dem Denkmal die historische Person Bismarcks und alles Das, was er zur Zeit seiner politischen Thätigkeit dem katholischen Volke angethan hat, hervor."

Nehme man dazu die schon berichtete Denunziation der „Deutschen Volksw. Korresp." gegen die „Soziale Praxis" und die Herren v. Berlepsch und v. Rottenburg, so hat man ein recht trauriges Bild unserer Zeit. Wer nicht in das allgemeine Horn der Volksunterdrücker stößt, der wird selbst der Maßregelung empfohlen, wenn ihm irgend beizukommen ist. Meinungsfreiheit giebt es in Deutschland nur noch für die Empfehlung neuer Knebelmaßnahmen.

Die Invalidenversicherungsgesetz-Kommission hat am Freitag im Abschnitt Organisation den § 40 a, wonach die Durchführung der Invalidenversicherung durch Versicherungsanstalten und ihre Organe, durch Schiedsgerichte sowie durch das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter erfolgen soll, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. In dem auf die Errichtung der Versicherungsanstalten bezüglichen Theile wurden § 41 bis 44 unverändert genehmigt, § 45 a (Statut) unter Streichung der Bestimmung, daß das Statut über die Zahl der Beisitzer der Rentenstellen und der Schiedsgerichte zu befinden hat. Im § 45 b (die Rechte des Ausschusses) fand der Absatz 1, welcher die einzelnen Gesichtspunkte enthält, unverändert Annahme, ebenso Absatz 2 in der Fassung Roesicke-Dessau, dagegen wurde § 3 gestrichen. Ferner wurden angenommen die §§ 46 (Vorstand), 47, 47 a, 48 Absatz 1 (Ausschuß) und 49 a. Am Sonnabend berieth die Kommission den § 51, betreffend die Errichtung der örtlichen Organe der Versicherungsanstalten, die Rentenstellen. Staatssekretär Graf Posadowsky machte gegenüber den Einwendungen, die Rentenstellen seien theuer, nicht leistungsfähig, komplizirt, nutzlos, darauf aufmerksam, der Kernpunkt liege darin, daß in mündlicher Behandlung mit den Rentensuchern, in Beurtheilung der Erwerbsfähigkeit nach lokalen Verhältnissen, in ausgedehnter Betheiligung des Laienelements, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer alle Rentenanträge der Entscheidung zugeführt würden. In dieser Mitwirkung des Laienelements, der Beurtheilung aller Arbeiteranträge durch Arbeiter, des Antragstellers durch seinesgleichen liege die große sozialpolitische Bedeutung der Neueinrichtung. Die Bedenken wegen Kosten und Zusammensetzung hätten zunächst geringere Bedeutung. Abgeordneter Roesicke-Dessau erklärte sich mit dem Grundgedanken der Rentenstellen einverstanden, wünschte aber deren obligatorische Einführung; sie sollten nicht blos gutachtlich sich äußern, sondern die Entscheidung über Anträge treffen können; sie müßten ferner von politischen Behörden abgetrennt und möglichst gleichmäßig eingerichtet werden. — Abgeordneter Frhr. v. Richthofen-Damsdorf beantragte folgende Fassung des § 51: „Als örtliche Organe der Versicherungsanstalt werden von derselben für kleinere, von der Landescentralbehörde zu bestimmende Bezirke besondere Kontrollbeamte angestellt, über deren Obliegenheit das Statut (§ 45 a) die näheren Festsetzungen zu treffen hat. — In der Besprechung hierüber vertagte sich die Kommission.

Wegen Landfriedensbruches hatten sich Freitag und Sonnabend 8 Maurer vor dem Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin zu verantworten. Die Anklage baute sich auf folgenden Vorgängen auf: Der Maurermeister Fritz Streckenbach führte im vorigen Jahre zu gleicher Zeit drei Neubauten in den Querstraßen des Kurfürstendammes auf. Mit den Leistung der Maurer auf dem einen dieser Bauten war er un frieden, weil diese seiner Ansicht nach den Intentio der Lohnkommission folgten, nicht mehr als täglich Steine zu vermauern. Streckenbach trat daher mit d „Verein arbeitswilliger Maurer" in Verbindung engagirte 22 Akkordarbeiter, die am 5. Oktober anfang sollten. Am 2. Oktober wurden gegen 50 Maurer e lassen. Die Lohnkommission legte sich ins Mittel, aber eine Einigung nicht zu Stande kam, legten sämm liche Maurer die Arbeit nieder. Als nun die Akko arbeiter antraten, kam es sowohl am 5. Oktober wie a am 6. zu einigen Zusammenstößen. Etwa 100 Mau sollten — nach der Anklage — die Akkordarbeiter allen Mitteln zu verhindern gesucht haben, die Arbeit beginnen. Die Zusammenstöße haben sich bis z 6. Oktober hingezogen. Die Anklagebehörde beschuldi nun sämmtliche Angeklagte, an der Zusammenrottung Morgen des 5. Oktober, zwei der Angeklagten auch Mittag desselben Tages an einer weiteren Zusammenrottung theilgenommen zu haben, und zwar indem am Mittag des 5. mit Gewalt gegen Personen vor gangen sein sollten. Die Planmäßigkeit auf Seiten Angreifer folgerte die Anklage aus dem Umstande, d als der Colonnenführer Philipp mit den 22 „Arbei willigen" anrückte, um auf dem Zohnke'schen Bau in Uhlandstraße in Arbeit zu treten, die angesammelten Maurer auf einen Pfiff über die Arbeitswillig herfielen, ihnen das Arbeitsgeschirr wegnahmen. Mittag kam es vor dem Lokal, in dem die „Arbei willigen" aßen, zu einem Handgemenge, das nur weni Minuten dauerte. Auch hier wurde ein geplanter Ueb fall als vorliegend angenommen. Am Mittag 6. Oktober entstand vor dem Rademann'schen Grundst am Kurfürstendamm eine Schlägerei. Die Akkordarbei wurden abgelohnt, weil zwischen Streckenbach und Lohnkommission eine Einigung erzielt worden war. der Mittagspause erschienen 3—400 Maurer, suchten Baubude zu stürmen, sie rissen Bretter los, warfen Steinen und drohten, wenn die Streikbrecher nicht zur Vesper vom Bau fort seien, würden sie herrun geprügelt werden. Die Anklage nahm nun an, daß Ausschreitungen im Ganzen geglückt seien, wegen der Pla mäßigkeit, mit der sie vorbereitet und der Schnelligke mit der sie ausgeführt seien. Die Beweise, welche Staatsanwaltschaft für d. Schuld der Angeklagten sammeln vermocht hatten, waren keineswegs besonde schwerwiegend, es waren meist nur Indizien, hier u da gefallene Aeußerungen und Rekognitionen. Die V theidigung, welche die Rechtsanwälte Wolfgan Heine, Dr. Herzfeld und Dr. Katz führte maß den Akkordarbeitern ein großes Theil der Schu an den Vorgängen zu. Die Akkordarbeiter kamen in g schlossenen Colonnen und sie waren es, die zuerst pr vozirend vorgingen. Für jeden der Angeklagten war e specieller Entlastungsbeweis Seitens der Vertheidigun vorbereitet. Insgesammt waren 67 Zeugen geladen weshalb für die Verhandlung zwei Tage angesetzt ware Den Vorsitz des Schwurgerichts führte Landgerichtsra Weber, während Staatsanwalts-Assessor Knorr d Anklage vertrat. Die Geschworenen verneinten nach kurzer Berathung sämmtliche Schuldfragen, worauf die Freisprechung der Angklagten erfolgte. — Wie vortheilhaft sticht dieses Urthe gegen das Dresdener ab!

„Vorläufig ausgesetzt." Wegen Verbreitung eine Landflugblattes und eines Agitationskalenders, die bei strafbaren Inhalts sein sollten, wollte der Staatsanwa in Insterburg unseren Genossen Rakutt in Königsberg bestraft sehen. Nachdem die Erhebung der Anklag lange auf sich hat warten lassen, wurde unserem Genosse dieser Tage mitgetheilt, daß „auf Antrag der Staat anwaltschaft die Beschlußfassung über die Eröffnung d Strafverfahrens vorläufig ausgesetzt" sei. Da Gesetz kennt aber eine solche „vorläufig Strafaussetzung" nicht. Der Beschuldigte h deshalb ein Recht, die endgültige Erledigung der Sach zu verlangen. Und schließlich ist es doch für ihn au kein Vergnügen, monate- und jahrelang als Angeklagt in der Welt herumzulaufen. Dazu kommt noch, daß d beschlagnahmten Flugblätter und Agitationskalender der Verwahrung der Staatsanwaltschaft bleiben. Od will vielleicht die Staatsanwaltschaft die Flugschriften m dem strafbaren Inhalt, der sich unter keinem Paragraphe des Strafgesetzbuches bringen läßt, aufbewahren, um d sozialdemokratische Gefahr hintanzuhalten? Das wäre nun gar nicht übel, aber wie gesagt, gesetzlich ist es nich da es eben eine „vorläufige Aussetzung des Verfahrens nicht giebt.

Kleine politische Nachrichten. In der Wahlprüfungskommission des Reichstages ist das Mandat des Ab Bassermann (natl. 3. Sachsen-Weimar: Jena-Neustadt) f giltig erklärt worden. — Die Friedenskonferenz s am 15. Mai im Haag zusammentreten. Viel wird nicht dab herauskommen. — Die Beihilfe für deutsche Mädchen welche Lust haben, nach Südwestafrika überzusiedeln, ist nach of ziöser Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg." in der Budgetkommission vom Kolonialdirektor nicht zurückgezogen, wo von Buchka auch keine Berechtigung hatte, sondern in ordnung mäßiger Abstimmung abgelehnt worden. — Die Tanzlehr fordern in einer Eingabe an den Reichstag die Einführung d Befähigungsnachweises. — Die Bestätigung d Wahl des Bürgermeisters Kirschner zum Oberbürgermeister von Berlin soll erfolgt sein. (So wäre also endl das schwere Werk der Bestätigung des Berliner Oberbürgermeiste vollbracht. Ueber neun Monate hat es bedurft, bis die Hauptsta wieder einen Oberbürgermeister erhalten hat. Welcher Art Widerstände waren, das weiß man ja jetzt genugsam.) — Z Ziethenaffäre. Der Prozeß gegen den anarchistisch Schriftsteller Landauer wegen öffentlicher Beleidigung d früheren Elberfelder Polizei-Kommissars Got schall in Besprechung der Verurtheilung des angeblich unschuldig

Riethen wird am 22. März vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verhandelt werden. Auf Wunsch des Riethen-Komitees wird Justizrath Dr. Sello den Angeklagten vertheidigen. — Eine sozialdemokratische Versammlung im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise, in der der Reichstagsabgeordnete Klees einen Vortrag hielt, wurde aufgelöst, als im Schlußwort der Vorsitzende Ewald darauf zu sprechen kam, der überwachende Polizeilieutenant hätte verlangt, daß Zwischenrufe unterbleiben und die Redner sich nennen sollten. Trotzdem würden die Sozialdemokraten nicht reden, was den überwachenden Beamten angenehm sei, sondern — Da erhob sich der Beamte und erklärte: „Ich lasse mich nicht von dem Vorsitzenden angreifen und meine Amtsführung kritisiren — ich löse die Versammlung auf!" — Wie die „Berl. Volksztg." mittheilt, erhält das Reptil, das in der amtlichen „Berl. Korresp." die saubere Arbeiterpresse verleumdet, die „Sozialdemokratie und Verwandtes" zu — beschimpfen, 10 000 Mark das Jahr, und der Reptilienchef von Falck, der aus Rußland importirte Ex-Chef der schäbigen „Schlesischen Ztg.", 15 000 Mk. Eine für die preußischen Steuerzahler erfreuliche Thatsache! — Die 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die in Breslau stattfindet, ist der „Neisser Ztg." zufolge auf den 27.–31. August festgesetzt. — Entschädigungsansprüche beginnen jetzt auch Gewerbetreibende geltend zu machen, die durch Beseitigung der Privatposten einen Theil ihres Absatzgebietes einbüßen. So hat ein Buchdruckereibesitzer, der für die Berliner Packetfahrt Drucksachen und Werthzeichen herstellte, an den Reichstag das Gesuch gerichtet, ihm eine Entschädigung von 80 000 Mark zuzubilligen. (Mit demselben Rechte könnten die Schuhmacher, welche die Schuhe der Boten der Privatposten besohlt haben, Entschädigungsansprüche geltend machen.) — Nach einem Sanitätsbericht der Marineverwaltung hat die deutsche Marine in den Etatsjahren 1895/96 und 1896/97 durch Selbstmord 15, darunter 4 Gemeine, durch Unglücksfälle 72 Mann verloren. Als Grund für eine dauernde Zunahme der Ganzinvalidität in unserer Flotte wird angegeben, daß neuerdings in Folge der erheblich gesteigerten dienstlichen Anforderungen, zumal auf den neueren Schiffen mit ihren **ungünstigen hygienischen Verhältnissen** die Körperkonstitution bedeutend mehr angestrengt und geschädigt wird, als früher auf den Panzern und Fregatten mit ihren luftigen Batterien usw. — Gegen den Osnabrücker Pastor Weingart ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Die Untersuchung ist veranlaßt worden durch Aeußerungen Weingarts in einer Synodal-Versammlung über die Erbsünde, über das Sündenbekenntniß im Beichtgebet, über den Teufel und insbesondere über das Gebet zu Gott, womit er das Gebet an Jesus und die Jesuslieder des Gesangbuchs verwirft und die Allmacht Jesu Christi leugnet, entgegen den Worten Jesu Matthäus 28, 18: „Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden." Zu Osnabrück hat eine Eingabe an das hannoversche Konsistorium zu Gunsten Weingarts in drei Tagen 7000 Unterschriften gefunden. — Die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beschloß eine Eingabe an die zuständigen Behörden wegen einheitlicher Regelung der Sonntagsruhe an in die Woche fallenden Feiertagen. — Der antisemitische Dreschflegel-Graf Pückler in Klein-Tschirne übt seit dem 6. März die Funktionen eines Amtsvorstehers nicht mehr aus. Der „Niederschl. Anz." weist auf die seltsame Art hin, mit der der Landrath hiervon im Kreisblatt amtlich Kenntniß giebt. Danach ist der gräfliche Amtsvorsteher nicht suspendirt worden, sondern „in Folge Behinderung des Amtsvorstehers" hat dessen Stellvertreter die Amtsgeschäfte übernommen. — Der Gesammtverlust der Amerikaner auf Kuba, Portorico und den Philippinen war nach einem Bericht des General-Adjutanten der amerikanischen Armee vom 1. Mai 1898 bis 18. Februar d. Js. folgender: In den Kämpfen gefallen sind 329, ihren Wunden erlagen 125, in Folge Krankheiten gestorben 5277 Mann.

Frankreich.

Die Kriminalkammer des Kassationshofes verwarf am Freitag **das Gesuch** Esterhazys um Ablehnung des Untersuchungsrichters Bertulus. — In den Wandelgängen der Kammer wird die Mittheilung bestätigt, daß General Pellieux die Einleitung einer Untersuchung über seine Rolle im Esterhazyprozesse verlangt habe. Pellieux, einer der ärgsten Strolche des Generalstabsklüngels, erklärte die Enthüllungen Esterhazys für „falsch".

Boisdeffre wird preisgegeben, sogar von den rabiatesten Chauvinisten und Armeeenthusiasten. Anders ist eine Auslassung der blind generalstäblerischen „Libre parole" nicht zu verstehen, in welcher es heißt: „Wenn Paty du Clam (vor dem Kassationshofe) die Wahrheit gesagt hat, so mußte er eingestehen, daß er nur auf Befehl Boisdeffre's gehandelt habe, wie das übrigens für jeden intelligenten Menschen augenscheinlich war. Boisdeffre muß aus der Armee ausgestoßen werden." Selbst Drumont hat also schon „lichte Augenblicke". Die beiden Sekretäre der Liga der Vaterländischen wurden vom Untersuchungsrichter verhört. Die Regierung beschlossen, die Ueberlassung des geheimen Dossiers hat unter denselben Bedingungen für die drei Kammern des Kassationshofes stattfinden zu lassen, wie dies bei der Untersuchung der Kriminalkammer der Fall gewesen ist.

Italien.

Die Pelloux'schen Knebelgesetze finden in der italienischen Kammer so weitgehendes Entgegenkommen, daß an ihrer Annahme kaum noch zu zweifeln ist. Am Donnerstag wählten die Bureaus der Kammer sämmtliche neun Kandidaten der Regierung für die Kommission, die der Kammer bei der zweiten Lesung der politischen Gesetze Bericht erstatten soll.

Rumänien.

Ueber die Bauernbewegung in Rumänien wird der „Wiener Arbeiterztg." aus Bukarest geschrieben: Trotz Auflösung der ländlichen sozialistischen Klubs, trotz gerichtlicher Verfolgung und Arretirung zahlreicher Klubführer glimmt der Funke der Bauernbewegung unter der Asche noch immer fort und es treten immer neue Erscheinungen zu Tage. So sind in einer Gemeinde des Distriktes Doli die Bauern in den letzten Tagen mit ihren Pflügen auf das Feld hinausgerückt, um eine herrschaftliche Besitzung unter unter sich „aufzutheilen" und sie sofort umzupflügen. Auf die Reklamation des Geschädigten begab sich der Präfekt in Begleitung von Gerichtsbeamten sofort an Ort und Stelle, aber die aufständischen Bauern ließen sich in ihrem begonnenen Werke zunächst nicht stören; sie verließen das Feld erst, als Militär erschien und mit Gewalt einzuschreiten drohte. Ueberhaupt hat die agrarsozialistische Bewegung eine viel größere Ausdehnung angenommen, als man vermuthete. Aus den Aufklärungen, die der Minister des Innern im Parlament gegeben, ging hervor, daß nahezu 200 sozialistische Bauernklubs bestehen. Die Lösung der Bauernfrage ist bei dem Umstande, daß die Bauern in Folge des auf ihnen lastenden Druckes so begründete Ursache zur Unzufriedenheit haben, eine so wichtige Sache, daß man mit vollem Recht behaupten kann, von ihr hänge die nächste wirthschaftliche Zukunft des Landes ab. Auf Grund dieser Anschauung entspann sich im Abgeordnetenhause eine eingehende Debatte, die aber nur insoweit ihre Spitze gegen die Regierung kehrte, als man dieser eine „Allianz" mit den Sozialisten bei den allgemeinen Kommunalwahlen vorwarf. Anstatt durch diese Debatte eine sachliche Klärung der so überaus wichtigen Frage herbeiführen zu lassen, war Ministerpräsident Sturdza so feige, den Schluß der Debatte gegen den Protest zahlreicher noch vorgemerkter Redner zu erzwingen. Er mußte aber in seiner Schlußrede als die Ursachen der überraschenden Bauernbewegung die schlechte Verwaltung des Landes bezeichnen, klagte also sich und seine Regierung an, daß sie auch in dieser Richtung das Programm und die Versprechungen der liberalen Partei ganz außer Acht gelassen habe. Eine Wiederaufnahme der Debatte steht wohl bevor, weil die Abgeordneten, die man mundtodt gemacht hatte, sofort neue Interpellationen anmeldeten.

China.

In China herrscht vorläufig wenigstens einmal wieder Ruhe und Frieden, nachdem China nolens volens sich mit allen Forderungen hat einverstanden erklären müssen. Italien hat bisher die San-Mun-Bucht nicht besetzt. Die Nachricht von der Landung der Italiener wird amtlich gleichzeitig aus Rom und aus Peking dementirt. Aufgegeben aber hat Italien seinen Anspruch auf die San-Mun-Bucht noch nicht. Zur Zeit befinden sich die italienischen Kriegsschiffe „Marco Polo" und „Elba" in Tschifu. Das Tsung-li-Yamen hat denn auch schon dem italienischen Gesandten in Peking mitgetheilt, da leider das Verhalten des Tsung-li-Yamens in mißverständlicher Weise aufgefaßt worden sei, so habe der chinesische Gesandte in Rom Anweisung erhalten, der italienischen Regierung sein Bedauern auszusprechen. — Auch von der Landseite geht jetzt Rußland gegen China vor. Aus Allahabad wird Londoner Blättern gemeldet: Ueber Gilgit in Kaschmir sind Nachrichten aus Yarkand (Chinesisch Ostturkestan) eingetroffen, die besagen, im Fort Murghabi im Thale Sares-Pamir soll eine starke russische Truppenmacht eingetroffen sein, die beabsichtige, das Sarykol-Gebirge (zwischen Pamir und Kaschgar) zu besetzen.

Lübeck und Nachbargebiete.

13. März.

Zur Sammlung für die Löbtauer. Der Gen. Gerisch ersucht, alle etwa noch ausstehenden Beträge baldigst an ihn einzusenden, da am 19. d. Mts. die letzte Quittung veröffentlicht werden soll.

Das Ableben der Genossin Matzen, welches vor einigen Tagen erfolgte, erinnert, wie uns von anderer Seite richtig bemerkt wird, an eine interessante Episode aus der Zeit des Streiks der Arbeiter von Carl Thiel u. Söhne. Am 14. Februar 1897 hatten sich die Genossen Th. Bartels und Friedrich wegen angeblicher Polizeibeleidigung zu verantworten. Unter den Entlastungszeugen, welche bekunden sollten, daß einzelne Beamte ungesetzlich vorgegangen seien, befand sich auch die Verstorbene. Sie sowohl, wie eine andere Zeugin bekundeten unter Eid, daß ein Schutzmann sie „Streikende Luder" genannt habe, was der Beamte, gleichfalls unter Eid, in Abrede stellte. Der Prozeß endete natürlich mit einer Verurtheilung. In der mündlichen Begründung sagte dann Herr Landgerichtspräsident Hoppenstedt — wir zitiren nach dem Amtsblatt —: „Die Frauenzimmer M. und B., welche durch Schutzleute beleidigt sein wollten, konnten dies nicht beweisen, weil sich die Aussagen der Parteien gegenüberstehen. Es muß angenommen werden, daß es sich um ein Mißverständniß handelt, da es auf ein Wort, welches im Freien gesprochen wurde, ankommt, und der pp. W. sächsischen Dialekt spricht." — Das „Frauenzimmer" liegt nun in kühler Gruft und hat mit den Schmerzen des Lebens, die ihr so reichlich beschieden waren, auch ihre bedauerliche Unkenntniß der sächsischen Mundart vergessen. Möge die Erde ihr leicht sein!

= **Erhängt** hat sich am Sonntag Morgen der Tünkenhagen 1 wohnende Händler P. Man fand ihn entseelt am Thürdrücker hängend. Die Ursache der That ist noch unbekannt.

Die Schlachterinnung will sich in eine freie Innung umwandeln. Die ist gescheidter, als manche andere.

Herr Pfarrer Naumann wird morgen, Dienstag Abend, in den „Centralhallen" über „Kaiserthum und Sozialismus" reden. Angeblich soll nach dem Vortrage freie Aussprache stattfinden. Hoffentlich erklären sich die Veranstalter der Versammlung vor Eröffnung derselben über Art und Dauer der Aussprache. Wir haben einerseits in letzter Zeit recht eigenartige Erfahrungen mit der nationalsozialen Redefreiheit gemacht, andererseits wird es den Herren selbst angenehm sein, wenn durch vorherige Aufklärung des Publikums unliebsame Vorkommnisse, wie sie bei der Damaschke-Versammlung zu Tage traten, vermieden werden.

Im „Reichsanzeiger" wird folgende Bekanntmachung des Reichskanzlers veröffentlicht, die Abänderungen der Vorschriften über den Nachweis der Befähigung als Seeschiffer und Seesteuermann auf deutschen Kauffahrteischiffen enthält:

Auf Grund der Bestimmung im § 31 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in Verbindung mit Artikel 54 der Reichsverfassung hat der Bundesrath beschlossen:

I) den § 2 der Bekanntmachung vom 6. August 1887 dahin abzuändern:

§ 2.

„Kleine Fahrt im Sinne dieser Vorschriften ist die Fahrt in der Ostsee, in der Nordsee bis zum 61. Grade nördlicher Breite im Englischen Kanal

1) mit Seeschiffen von weniger als 400 cbm Brutto-Raumgehalt,
2) mit den in § 1 unter Nr. 2 und 3 bezeichneten Fahrzeugen unter den ebenda angegebenen Voraussetzungen,

soweit diese Fahrt nicht zur Küstenfahrt (§ 1) gehört."

II) den Reichskanzler zu ermächtigen, die durch den vorstehenden Beschluß bedingte Aenderung der Formulare (I) und K) zum Prüfungs- und zum Befähigungszeugniß als Schiffer auf kleiner Fahrt sowie die aus sonstigen Aenderungen der Vorschriften über den Befähigungsnachweis der Seeschiffer und Seesteuerleute sich als nothwendig ergebenden Aenderungen der zugehörigen Formulare anzuordnen.

-o- **Im Stadttheater** wurde gestern Abend ein harmloser Schwank von Ernst Gettke und A. Engel „Im Fegefeuer" (Der Brautstand) zum ersten Male aufgeführt. Viel ist nicht daran. Während der erste Akt eines komischen Charakters nicht entbehrt, ist der zweite mehr Flickwerk. Im dritten, der wieder etwas komischer gehalten ist, werden neue Verlobungen geknüpft und alte, die in die Brüche gegangen sind, erneuert. „Im Fegefeuer" heißt der Schwank, weil eine der Personen einmal sagt, daß es im Fegefeuer nicht schlimmer sein kann, als im Brautstand. Mehr Worte haben wir für das geist- und auch witzlose Machwerk nicht übrig. Der Schwank war gut inscenirt und wurde flott gespielt. Besonders Herr Jakoby, der den zaghaften, linkischen Freier Schrader gab und Fräulein Werna als Christine Tullinger, sowie die Herren Rub (Grienberger), Bretschneider (Tullinger), Jönsson (Fritz Dessler), Pflüger (Rippler) machten sich um das Gelingen der Vorstellung hervorragend verdient. Der Schwank wurde vom Publikum freundlich aufgenommen. — Zum Benefiz für die dramatische Sängerin Fräulein Höldobler wurden Sonnabend Gounod's „Hugenotten" gegeben. Das zahlreich erschienene Publikum nahm die Vorstellung gut auf und überschüttete die Benefiziantin sowie noch einige andere Künstler mit reichem Beifall. An Ehrungen für die Benefiziantin, die uns demnächst verläßt, mangelte es nicht.

Eutin. Holzauktion. Revier Wüstenfelde. Am Donnerstag, den 16. März kommen beim Gastwirth Hoff in Sielbeck zum öffentlichen Verkauf: 1. Uklei (Kiebitzhörn) Buchen: 36 Rm. Klufttholz, Nr. 135—142. 2. Donnerskrug. Eichen: 4 Stämme gleich 7,08 Fm., Nr. 1—4. Buchen: 60 Rm. Kluft- und Knüppelholz, Nr. 5—20. 3. Sibbersdorf. Buchen: 6 Rm. Stangen-Knüppelholz, Nr. 1 u. 2, ca. 16 Hfn. Durchforstungsholz, von Nr. 3 an. 4. Wüstenfelde. Buchen: 25 Hfn. Durchforstungsholz, Nr. 15—39. Weichholz: 6 Hfn. Busch, Nr. 40—45. Eichen: 60 Stangen = 8 Fm., Nr. 46—53, 7 Hfn. Abfall- und Zweigholz, Nr. 54—60. Erlen: 2 Rm. Brennholz, Nr. 61. Eschen: 95 Stangen = 13 Fm., 13 Hfn. Abfall- und Zweigholz, Nr. 62—88. Buchen: ca. 40 Rm. Stangen-Knüppelholz, Nr. 89—98. 4. Nutzdrümme = 4,40 Fm., Nr. 99—102, 148 Rm. Kluft- und Knüppelholz, Nr. 103—134. Zusammenkunft der Käufer: Nachm. 2 Uhr. — Am Donnerstag, den 16. März d. Js., kommen an Ort und Stelle zum öffentlichen Verkauf: 1. Krongutsforst Neumeierei-Sandfeld. 252 Stück Fichtenstangen und Schleete gleich 7,71 Fm., 10 Fichten, Leiterbalken und Bindebäume, in zwei Loosen. 5 Rm. Kiefern- und Fichtenbrennholz. 51 Haufen Kiefernbrennholz, à ca. 2 Fm. 2. Krongutsforst Fissauer Sandfeld. 6 Fuder Lärchen-Schleete in 6 Loosen. 3 Fuder Knickbusch. 2 Fuder Erbsenbusch. 60 Fichten-Schleete in 2 Loosen. 3. Hausfideicommißforst Seeschaar. 2 Hfn. Fichten- und Kiefernbrennholz à ca. 2 Fm. 1000 Fichtenbohnenstangen in 20 Loosen. Zusammenkunft der Käufer: Vorm. 10 Uhr bei der sog. Theuren Zeit, in der Nähe des Sandfeldkruges, mit sofortiger Fortsetzung des Verkaufes im Fissauer Sandfeld und Seeschaar.

Hamburg. Von der Bulgaria. Am Freitag sind die ersten geretteten Passagiere der Bulgaria mit dem von Lissabon kommenden Dampfer Desterro der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft hier eingetroffen. Die Geretteten wurden von Beamten der Hamburg-Amerika-Linie empfangen. Angekommen sind 13 Zwischendecks-Passagiere, und zwar 3 Männer, 4 Frauen und 6 Kinder. Die Geretteten sagen über ihre Erlebnisse nichts erheblich Neues aus.

Harburg. Für politisch erklärt und unter § 8 des Vereinsgesetzes gestellt wurde nun auch die hiesige Mitgliedschaft des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands. Die Polizei scheint in Harburg jetzt ja sehr scharf vorzugehen. Daß die Arbeiterbewegung trotz § 8 vorwärts gehen wird, scheint uns sicher. — Aufgelöst hat sich nunmehr freiwillig die von der Harburger Polizeiverwaltung für politisch erklärte Filiale des Holzarbeiter-Verbandes.

Wismar. Die Politik der Nadelstiche wird hier seitens der behördlichen Organe gegen die Sozialdemokratie fleißig fortgeführt. Zu dem Verbot des Austragens der Druckschriften an Sonntagen und dem Verbot der Versammlung in Doberan, wo über „Wahrheit und Recht" gesprochen werden sollte, kommt jetzt, und zwar wiederholt, das Verbot einer öffentlichen Hafenarbeiter-Versammlung hierselbst. Die Tagesordnung war: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation"; der Polizeisenator, ein Dr. König, sah die Versammlung aber als solche zu politischen Zwecken an und ließ dieselbe auflösen, trotz der Tagesordnung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Diese Versammlungsauflösungen bekommen

erst die richtige Würdigung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auf den Wirth der „Hansa", woselbst auch fast alle gewerkschaftlichen Versammlungen abgehalten werden, die polizeilichen Strafmandate nur so herunterprasseln. Die Art, die gewerkschaftliche Bewegung dermaßen zu behandeln, ist hier nicht neu. Ein Rechtsmittel hiergegen giebt es nicht! Der Beschwerdeweg an das Ministerium steht allerdings offen, Beschwerden hatten aber, soweit bekannt, nur den Erfolg, daß das Ministerium wohl erklärte, die betr. Beamten hatten kein Recht, die Versammlung aufzulösen, glaubten aber, ein solches zu haben, da sie die betr. Versammlung als „zu politischen Zwecken" angesehen haben. Spätere Versammlungen werden aber auf's neue aufgelöst, trotz aller „Rechtsgarantien" Anklage gegen diejenigen, welche die angeblichen Versammlungen zu „politischen Zwecken" einberufen haben, wird jedoch nicht erhoben. Hohe Zeit wäre es, daß sich der Reichstag einmal um die mecklenburgischen Arbeiterverhältnisse kümmerte und dafür sorgte, daß auch die mecklenburgischen Arbeiter ihre gesetzlichen Rechte ausüben können.

Flensburg. Herr von Köller hat jüngst, wie schon gemeldet, eine Rede über den „Frieden in der Nordmark" gehalten. Zu dem Berichte über diese Rede bringt die „Kieler Zeitung" noch einen interessanten Nachtrag. Gegen den Vorwurf, daß er schuldlose Knechte und Mägde ausweise, Leute, die keine „Krakehler" seien, hat sich Herr v. Köller wie folgt verwahrt:

„Er sage sich, wenn er den Agitatoren auf andere Weise nicht beikommen könne, so müsse man sie auf diese Weise zu treffen suchen, sie nöthigenfalls ruiniren, damit sie aus dem Lande gingen."

Diese Agitatoren sind preußische Unterthanen, welche ohne Recht und Gesetz aus dem Lande getrieben werden sollen. Soweit sind wir also schon, daß dies ganz offen und öffentlich deklarirt werden kann. Das sind echt bismärckische Anschauungen. In's Exil mit dem, der nicht kuschen will, — so predigte ja auch der kleinliche Otto der Große.

Güstrow. Schwurgericht. Wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange wurde der Barbier Trost aus Neustadt zu 1½ Jahren, wegen versuchter Brandstiftung unter Annahme mildernder Umstände das Dienstmädchen Mau aus Kamelow zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. 4 Jahre 1 Monat Zuchthaus erhielt der Schneider Stoll wegen versuchten Mordes, 2 Jahre Zuchthaus der Agent Hoepfner wegen Abtreibung.

Bremen. Der Petroleumdampfer „Minister Maybach", zur Rhederei der Deutsch-Ameril. Petroleum-Gesellschaft in Bremen und Geestemünde gehörend, ist wahrscheinlich leider ein Opfer der schweren Stürme geworden, die Ende Januar und in der ersten Hälfte des Februar den Nordatlantischen Ozean so schwer heimgesucht haben. Der Dampfer hatte am 25. Januar den Hafen von New-York, nach Antwerpen bestimmt, verlassen und ist somit gerade in die Region der orkanartigen Stürme hineingerathen, unter denen so viele Dampfer, namentlich „Bulgaria", „Moravia", „Pretoria", „Angers" und andere so sehr zu leiden hatten. Seit vielen Tagen hoffte man in den Schifffahrtskreisen irgend eine Nachricht über den Verbleib des Dampfers oder doch wenigstens über die Rettung der Besatzung desselben zu bekommen, aber die Hoffnung ist nicht erfüllt worden und so bleibt wohl kaum noch etwas Anderes übrig, als die traurige Gewißheit, daß der Dampfer mit Mann und Maus untergegangen ist.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 15. bis 21. Februar 1899 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 27, davon 11 Dampfer und 16 Segelschiffe, 211 Beschädigungen, davon 142 Dampfer und 69 Segelschiffe, zusammen 238.

Aus Nah und Fern.

Ein Museum für Kinder wird die Stadt Brooklyn erhalten. Das Brooklyn-Institut wird in seinem Museum eine besondere Abtheilung errichten, in der naturwissenschaftliche und technische Gegenstände in der Weise aufgestellt werden sollen, daß sie zur Anregung und Belehrung von Kindern geeignet sind. Es ist dies die erste derartige Schöpfung in den Vereinigten Staaten.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 11. März

Der Schweinehandel verlief gut

Zugeführt wurden 1020 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 48—50 Mk., leichte 47—48 Mk., Sauen 43—46 Mk. und Ferkel 45—47 Mk pr. 100 Pfd.

Stadttheater. Richard Wagner's große romantische Oper „Lohengrin", welche seit längerer Zeit nicht zur Aufführung gelangt ist, geht morgen, Dienstag, mit dem Heldentenor Herrn E. Voß vom Stadttheater in Straßburg i. E. nochmals in Szene, und wird kaum in dieser Saison noch eine Wiederholung stattfinden. Die Elsa singt diesmal Frl. Röder. Als Heerrufer wird sich Herr Kruse, der für nächste Saison in Aussicht genommen ist, dem Publikum vorstellen. Die übrige Besetzung ist die alte geblieben. Am Mittwoch findet eine Wiederholung des Schauspiels „König Christian II. von Adolf Paul statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Danksagung.

Für die mir bei der Beerdigung meines lieben Mannes bewiesene Theilnahme sage allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Verein der Maschinisten meinen tiefgefühlten Dank.

Lübeck, den 11. März 1899.

Frau Maria Scherff, geb. Möller.

Arbeiterinnen

werden gesucht.

Hanseatische Fisch-Industrie-Actien-Gesellschaft

(vorm. J. H. Schumacher)

Ernestinenstraße 3.

100—150 Pfund Runkelrüben

zu kaufen gesucht Wilhelmshöhe 69.

Zu verkaufen

die Häuser Drögestraße 14a und 16.

Näheres daselbst.

Zu verkaufen

XII. Jahrgang „Moderne Kunst"

Untertrave 52, 2. Et.

Reisfuttermehl, Maisschrot, Roggenschrot, Gerstenschrot

empfiehlt billigst

Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Frisch gebrannt. Caffee

per Pfd. 0.80, 1.00, 1.20, 1.40 Mk.

empfiehlt

Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Zwiebelleberwurst, per Pfd. 80 Pfg.
Leberwurst, per Pfd. 60 Pfg.
Sülze, per Pfd. 60 Pfg.
Flohmenschmalz, per Pfd. 60 Pfg.
ff. Margarine, per Pfd. 50, 2 Pfd. 90 Pfg.
dito per Pfd. 60, 2 Pfd. 1,10 Mk.

empfiehlt in reeller Waare

E. Möhl, Aegidienstraße 8.

Bestes Bratenschmalz

Pfund 40 Pfg.

empfiehlt

Thüringer Wurstfabrik Aug. Scheere,

Holstenstraße 32.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton

per 100 Stück von 1 Mk. an

liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Johannisstraße 50.

Gratulations-Karten

zur Confirmation

in großer Auswahl vorräthig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Einladung zum Ball

des

Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

(Zahlstelle Lübeck)

am Sonntag den 19. März 1899

im Colosseum.

Anfang 4 Uhr. Eintrittspreis 50 Pfg., eine Dame frei. Ende 2 Uhr.

Einführung gestattet. Das Fest-Comitee.

Confirmandenanzüge

in guten Qualitäten

empfehle billigst.

Johs. Klempau, Schneidermstr.

Mühlenstr. 32, Ecke Kapitelstr.

Sarg-Magazin

H. F. Rehm, 41 Johannisstraße 41

empfiehlt Särge in allen Größen.

Grosse Särge von 20 Mk. an

sowie Leichenbekleidung sehr billig.

Feinste und feine

Margarine

stets frisch, per Pfund 50 und 60 Pfg.

empfiehlt

Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 14. März

Abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Maifeier.
3. Die Gaukonferenz in Rostock und Wahl eines Delegirten.

Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig.

Die Lokalverwaltung.

J. Glück, Reiferstraße 19.

Zur Confirmation

empfehle ich:

Normalhemden von 90—500 Pfg.
Blousen von 95—180 Pfg.
Unterhosen 88—350 Pfg.
Socken von 15—155 Pfg.
Cravatten 15—120 Pfg.
Taschentücher 10—40 Pfg.

Ferner:

Kragen, Manschetten u. Vorhemden in allen Weiten zu billigen Preisen.

Rüschen

in vielen neuen Mustern.

Arbeiter-Garderoben, Hemden, Kajen, Socken, Strümpfe, Hüte, Mützen

empfiehlt billigst

Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Herrschaftl. und eluf. Mobilien bill. z. verk. Wahmstraße 79, part.

Einladung zum

BALL

der

Schmiede Lübecks

unter Mitwirkung des Collegen **Puls**

am Sonntag den 19. März 1899

im Lokale des Herrn Muus, „Tivoli-Halle".

Saalöffnung 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Eintritt 60 Pfg., Damen frei.

Das Comitee.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.

Aug. Büttner,

Uhrmacher,

Hüxstraße 32.

Ringe

reizende Neuheiten.

Silberne Ringe von 30 Pfg. an.
Doublee-Ringe von 1.00 Mk. an.
Goldene Ringe von 2.50 Mk. an.

Goldene Trauringe

nur moderne Facons, in allen Größen stets vorräthig

Uhrketten

große und schöne Auswahl in Gold, Silber, Doublee und Nickel.

Größtes Lager in

Regulateuren.

Regulateure, 24 Stunden gehend, mit Schlagwerk, von 10 Mk. an.
Regulateure, 14 Tage gehend, mit Schlagwerk, von 16 Mk. an.
Standuhren, 14 Tage gehend mit Schlagwerk, von 18 Mk. an.
Freischwinger, 14 Tage gehend, mit Schlagwerk, von 24 Mk. an.
Stand- und Weckeruhren von 2.50 Mk. an.

Taschen-Uhren

in Gold, Silber und Nickel, in sauberen Gehäusen und prima Werke zu den bekannten billigen Preisen empfiehlt

Aug. Büttner

Uhrmacher, Hüxstraße 32.

Klein-Verkauf

von sämmtlichen Spirituosen.

Crons forder Allee, Ecke Kahlhorststr. **J. C. Müller.**

Circus Variété.

Die vorletzte Vorstellung.

Niemand

versäume, sich diese unübertreffliche Artistenschaar anzusehen.

Mittwoch

letzter Tag. — Elite-Damen-Abend.

Jeder Herr hat das Recht, eine Dame frei einzuführen.

Stadttheater in Lübeck.

Dienstag den 14. März.

Gastspiel des Heldentenors Herrn E. Voss.

Lohengrin.

Mittwoch den 15. März.

König Christian II.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 62. Dienstag, den 14. März 1899. 6. Jahrgang.

Ausländer, Soldaten, Kinder und Strafgefangene,

das sind die Arbeitskräfte, mit denen unsere deutschen Agrarier bei möglichst billigen Löhnen ihr landwirthschaftliches Gewerbe zu betreiben wünschen. Also die „Erbfeinde", das Militär, die Schule und die Gefängnisse, sie sind die Krücken, mittels deren die sogenannten „Nothleidenden" den Weg zu den Höhen des „standesgemäßen Einkommens" zurückzulegen für zeitgemäß halten. Dazu aus den Taschen der Allgemeinheit Liebesgaben im Betrage von ungezählten Millionen — ist ein lieblicheres Kulturbild aus der Herrlichkeit des deutschen Reiches denkbar?

In der Mittwoch-Sitzung der Plenarversammlung der Landwirthschaftskammer für die Provinz Sachsen ist, nachdem man „energische Maßregeln" zur Bekämpfung der Aufklärung des Volkes — die Agrarier nennen das bekanntlich „Verhetzung" — verlangt hatte, wie die „Volksztg." mittheilt, beschlossen worden:

Zur Abhilfe gegen den angeblich herrschenden Nothstand sei es geboten, „alle Quellen", welche irgend nur Arbeitskräfte für das Land zu liefern geeignet sind, nach Möglichkeit nutzbar zu machen.

1. Die Zulassung **ausländischer,** europäischer Arbeiter ist, so lange das Bedürfniß obwaltet, unter Berücksichtigung nationaler Interessen möglichst zu erleichtern.

2. Die Beurlaubung von **Soldaten** zu Erntearbeiten ist im weitesten Maße anzustreben, dies um so mehr, als bei dem jetzigen System der Rekrutirung namentlich das platte Land schwer betroffen wird. Die vom Lande stammenden Reservisten sind, soweit irgend angängig, mit Hilfe landwirthschaftlicher Arbeitsnachweise dem Lande wieder zuzuführen.

3. Die Beschäftigung von **Schulkindern** mit leichten Landarbeiten ist bei voller Wahrung des Schulzweckes (wer lacht da?) nicht nur erwünscht, sondern theilweise, namentlich in Rübenanbaugebieten, unentbehrlich. Es ist auf allgemeine Einrichtung der Halbtagsschule zu hinwirken, auf dem Lande während der Sommermonate hinzuwirken.

4. Die Zulassen von **Gefängnissen** und **Korrektionsanstalten** sind für die landwirthschaftlichen Betriebe unter thunlichst leichten zweckmäßigen Bedingungen zur Verfügung zu halten; die Beschäftigung der Gefangenen mit Industriearbeiten ist im Prinzip auf die Wintermonate zu beschränken.

Wiederholt ist schon auf den bildhübschen Kontrast hingewiesen worden, der darin liegt, daß durch strenge Absperrmaßregeln das nationale Schwein gegen die ausländische Konkurrenz geschützt werden soll, während der nationale Arbeiter in seinem Gedeihen durch die „Einfuhr" lohndrückender ausländischer Konkurrenzarbeiter gehemmt wird. Es muß ferner ausdrücklich darauf hingewiesen werden, wie der Militarismus, der durch die Aufsaugung der rüstigsten ländlichen Arbeitskräfte allerdings sich als ein großes Hinderniß für die Landwirthschaft erweist, gerade von unseren Agrariern mit einem wahren Fanatismus verstärkt wird; noch niemals ist die Vermehrung des Präsenzstandes der Armee von agrarischer Seite im Reichstage verhindert worden, weil man dort Seitens der meisten konservativen „Volksvertreter" offenbar dem raschen Aufsteigen der im Heere dienenden Sprößlinge des Adels und der Vermehrung der Offiziersstellen einen größeren Werth beilegt, als allen gegen die stete Vergrößerung des Heeres sprechenden Argumenten. Die immer weitergehenden Wünsche nach wochenlangen Abkommandirungen von Tausenden von Soldaten zu landwirthschaftlichen Arbeiten zeigen außerdem, was das konservative Gerede von der zu knappen Dauer der zweijährigen Dienstzeit bedeutet. Die Thatsache, daß alle jene Abkommandirungen unbeschadet der militärischen Tüchtigkeit möglich sind und für die in militärischen Dingen sich zumeist als „Sachverständige" aufspielenden Agrarier in noch weit größerem Umfange für durchführbar gehalten werden, beweist immer aufs Neue, daß die zweijährige Dienstzeit noch immer zu lang ist. Auch die Verwendung von mehr als 30 000 Soldaten zu Burschendiensten beweist dies. Es muß dem gegenüber immer wieder mit aller Entschiedenheit auf eine Herabsetzung der Präsenzstärke und gleichzeitig auf eine weitere Verkürzung der Dienstzeit hingewirkt werden.

Daß die Volksschule bluten soll, und daß die Schuljugend, anstatt zu lernen, Rüben ziehen soll, das gehört mit zum Ganzen. Und wehe, wenn es eine Regierung wagt, wie die anhaltische, dem Uebermaß der Ausbeutung der kleinen Kinder durch Schutzvorschriften entgegenzuwirken! Welchen Lärm erheben da die Interessenten! Wie man die Schulzwecke wahren und gleichzeitig die Schulstunden vermindern will, das ist das Geheimniß der konservativen Schulfreunde. Daß schließlich Strafgefangene und Korrigenden die landwirthschaftliche Arbeitstruppe von Ausländern, Soldaten u. Schulkindern harmonisch erkrunden sollen, verleiht dem Bilde erst den wahren Glanz.

Natürlich — wozu das noch erwähnen? — forderte die Plenarversammlung der Landwirthschaftskammer, wie einem Bericht über die Sitzung weiter zu entnehmen ist, u. a. Strafverschärfungen für Kontraktbruch, Bibelstunden, konfessionelle und patriotische Vorträge für die Kinder und die Erwachsenen.

Vielleicht übernimmt es Herr Paasche — meint nicht unübel die „Volksztg." —, einen religiösen Leitfaden für die heranwachsende ländliche Jugend zu schreiben, der die Landbevölkerung von den Segnungen billiger Arbeitslöhne und zahlreicher Bibelstunden dermaßen überzeugt, daß sie nicht nur die Landflucht als die größte Sünde verabscheut, sondern auch noch die städtische Bevölkerung für die Städteflucht und den angenehmen, durch Bibelstunden verschönten, durch allerlei Strafbestimmungen in das Bett der Ordnung gezwängten Dienst auf den großen Gütern unserer Agrarier begeistert.

Soziales und Partei-Leben.

Parteigenossen! Seit dem 10. Januar stehen 2400 Sammetweber in Krefeld im Ausstand, weil von den Fabrikanten eine neue Lohnliste eingeführt werden sollte, welche für die Arbeiter eine Lohnherabsetzung bis zu 15 pCt. beträgt. Alle Versuche der Sozialen Kommission, eine Einigung herbeizuführen, sind an der Hartnäckigkeit der Fabrikanten gescheitert. Gescheitert sind aber auch alle Versuche der Fabrikanten, Streikbrecher anzuwerben. Ueber 8 Wochen befinden sich die Streikenden im Kampfe, aber noch immer stehen die 2400 Mann wie eine Mauer, kein Streikbrecher hat sich bis jetzt gefunden. Aber auch Arbeitswillige von Auswärts heranzuziehen, ist den Fabrikanten bis jetzt nicht gelungen, obwohl sie immer wieder Agenten ausgeschickt haben. In sämmtlichen 13 Sammetfabriken sind zur Zeit nur 33 Werkmeister, ca. 20 Kommis und 32 Hülfsarbeiter an den Webstühlen beschäftigt. Die Haltung der Streikenden ist musterhaft. Ferner haben sie gezeigt, daß sie zu jeder Zeit zu einer Verständigung mit den Fabrikanten bereit sind. **Dieses trägt auch wesentlich dazu bei, daß die gesammte Bürgerschaft mit den Streikenden sympathisirt. Parteigenossen! Angesichts der eigenartigen Verhältnisse in Krefeld blickt die deutsche Arbeiterschaft bewunderungsvoll auf die Krefelder Sammetweber. Sie dürfen nicht unterliegen, wenn auch der Fabrikantenstolz den Streik noch ein paar Wochen in die Länge ziehen sollte. Setzt darum die Sammlungen fort, sorgt dafür, daß den tapferen Streitern die Munition nicht ausgeht.**

Geldsammlungen sind zu richten an

Hermann Baer,
Krefeld, Kaiserstraße 18.

Ein allgemeiner Formertag findet am zweiten und dritten Ostertag in Gotha statt. Als Tagesordnung sind folgende Punkte in Aussicht genommen: 1) Die Organisations-Verhältnisse der Former und wie sind diese zu regeln? und 2) die künftige Organisation in unserem Berufe.

Die Weiterführung des Weberausstandes in Krefeld ist am Donnerstag von den Sammetwebern beschlossen worden. In Rheydt haben 200 Weber die Kündigung eingereicht. In Odenkirchen kündigten sämmtliche Weber der Weberei von Born.

Der Hafenarbeiterverband ist in Tschicherzig an der Oder in der Provinz Brandenburg trotz der lebhaften Gegenagitation des Amtsvorstehers und des Kreisblattes eine aus 5 Schiffern bestehende Mitgliedschaft begründet.

Der Arbeitersängerbund Berlins umfaßt 185 Männerchöre, 6 gemischte Chöre und 1 Damenchor, die zusammen 5017 Mitglieder haben.

Eine internationale Zusammenkunft der hervorragenden Parteigenossen unserer Partei soll zu Ostern in Brüssel stattfinden. Zur Eröffnung des neuen Volkshauses in Brüssel ist ein internationales Meeting in Aussicht genommen, zu welchem so ziemlich alle bekannten Führer der Sozialdemokratie eingeladen sind.

Der Streik der Simplontunnelarbeiter ist bereits als beendet zu betrachten. Am Freitag fand eine Conferenz mit den Unternehmern statt, in welcher eine Einigung erzielt wurde.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der 46jährige Premierleutnant a. D., Hermann Bernstein in Berlin, machte Freitag früh einen Selbstmordversuch aus Furcht, in eine Irrenanstalt zu kommen. Er stürzte sich zum Fenster hinaus. — Erhängt hat sich in der Hasenheide in Berlin ein Rekrut vom ersten Eisenbahnregiment. — Der Arbeiter Battis erstach in Sobbowitz bei Elbing seinen älteren Bruder im Streite, weil ihm der Gastwirth irrthümlich eine Schuld von 15 Pfennig anrechnete, die dem Bruder aufs Konto zu setzen war. — An Influenza sind im Lehrerseminar zu Pr. Friedland 48 Zöglinge erkrankt. Die Anstalt wurde auf Anordnung der Regierung geschlossen. — Beim Ueberschreiten des Bahngeleises in der Nähe des Düppersberger Bahnhofes (bei Elberfeld) wurde der Bahnarbeiter Justus von einem Personenzug überfahren und zermalmt. — Bei einem Zimmerbrand in Düsseldorf verbrannte das Geschäftsfräulein Martin. — Seit Fastnachtsonntag wird in Koblenz der Unteroffizier Philippsen vom Inf.-Regt. 68 vermißt. Er wurde zuletzt in der Nacht zum 20. Februar auf Nieverner-Hütte von dem Wächter gesehen, der angab, es hätten einige Leute den Unteroffizier verfolgt. Mittwoch wurde die Leiche des Vermißten aus dem Schleusengraben an der Nieverner-Hütte gezogen. Da das Seitengewehr fehlt und auch Verletzungen an der Leiche sich zeigten, nimmt man an, daß ein Verbrechen vorliegt. — Unter dem Verdacht, mit falschen Plomben versehenes trichinöses Fleisch verkauft zu haben, wurden die Inhaber der Fleischimportfirma Schmitz u. Oechelhäuser sowie deren Vorarbeiter in Mannheim verhaftet.

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(20. Fortsetzung.)

„Kopenhagen ist der Magen Dänemarks," sagte Baron Hammersteen zu Lornsen, „wird der gehörig satt gemacht und in Stand gehalten, so hat es mit dem ganzen Körper nichts auf sich. Wir haben glücklicherweise nur die eine bedeutende Stadt, der Geist der Unzufriedenheit kann sich nirgends wo entwickeln; Kopenhagen aber hängt fest mit Hof und König zusammen, es ist eine Residenz, die von beiden lebt. Es wird viel ausgegeben, alle Steuern fließen hierher. Der Adel, die Beamten, die Soldaten, das ganze Getriebe der Regierung ist auf diesen einen Punkt zusammengedrängt. Eine Stadt, die nicht Hauptstadt im wahren Sinne ist, deren Reichthum und Wohlleben nicht aus andern Quellen fließt, in deren Mauern nicht durch Handel und Industrie sich eine Gegenmacht entwickeln kann, ist keine Hauptstadt, aus der uns Gefahr drohen könnte. Die Menschen hier sind eitel auf allerlei Narrenspossen, sie sind vergnügungssüchtig und verschwenderisch, sie leben von dem, was das Königthum ihnen zuwirft. Lassen wir darum die unzufriedenen Köpfe schwatzen, was ihnen beliebt; im Grunde sind sie doch sämmtlich gute und treue Unterthanen, die ihren König lieben, Kopenhagen für die erste Stadt der Welt und sich für das auserwählte Volk halten."

Er lachte belustigt, indem er seine goldene Dose durch die Finger rollen ließ. „Sie machen ein ernsthaftes Gesicht," sagte er dann, „obwohl Sie nun seit Monaten hier leben und sogar dänisch gelernt haben. Es geht ziemlich gut damit, auch sprechen meine Freunde mit vieler Anerkennung von Ihnen und Ihren vortrefflichen Eigenschaften. Ich kann Ihnen sagen, lieber Lornsen, daß Sie Aufmerksamkeit erregen und meine Empfehlung mir Dank eingebracht hat. Nur immer vorwärts, Wenn man in der bureaukratischen Gliederung Aufmerksamkeit erregt, hat man gewonnen. Ich prophezeie Ihnen, Sie werden rasch weiter kommen, benutzen Sie alle Wege."

"Doch nur die geraden," sagte Lornsen.

„O Thorheit!" antwortete der Baron. „Für den Staatsmann ist es so ziemlich einerlei, auf welchem Wege er nach Rom kommt. Das Ziel, Herr Lornsen, das Ziel ist die Hauptsache. Und haben Sie schon darüber nachgedacht, welches Ziel Sie denn eigentlich hier verfolgen?"

Er sah ihn mit seinen scharfen grauen Augen so forschend an, daß Lornsen erröthete. „Ich glaube," erwiderte Jens, „daß mein bestimmtes Ziel wohl nur das Erreichbare sein kann."

„Der ist ein schlechter Soldat, der nicht General zu werden denkt," rief Hammersteen. „Ehrgeiz ist die große Triebfeder in den monarchischen Staaten, darin ruht die Treue ihrer Diener und das Mittel zu ihrer Belohnung bis zur Sättigung. Sich über die Menge zu erheben, Einfluß und Macht zu gewinnen und der Erde Glück und Genüsse theilhaft zu werden, ist die Aufgabe für den Mann von Verstand und Geist."

„Ich will Ihnen etwas sagen," lieber Lornsen, fuhr er fort, nachdem er bedächtig eine große Priese genommen hatte, „Sie sind zur guten Stunde hierher gekommen. Man will Ihnen wohl aus mehr als einem Grunde. Erstens, doch das ist Nebensache, habe ich Sie empfohlen und thue es jederzeit; zweitens sind Ihre Kenntnisse und Ihr Fleiß der Beachtung werth; drittens aber sind Sie aus Schleswig, das ist das Beste."

„Ich sollte nicht meinen, daß mir dies zur besonderen Empfehlung gereichte, sagte Lornsen lächelnd.

„Fassen Sie es nur richtig auf", erwiderte Hammersteen. „Sie sind freilich nicht von Adel, was unter unseren Verhältnissen sehr zu bedauern ist, aber Sie gehören doch einer altfriesischen Landesfamilie an, und da die Friesen einmal die sonderbare Narrheit hatten, keinen ausgesprochenen Adel unter sich zu dulden, ersetzt eben das alte Familienwesen dies fehlende Element. Man nimmt Sie daher hier als adlig und Sie wissen ja selbst, daß mit jedem Offizierpatent und jeder höheren Beamtenstellung der dänische persönliche Adel sich von selbst verbindet."

„Ich weiß es, ohne mich daran erfreuen zu können", erwiderte Jens.

„Das macht Ihr friesisches Blut", lachte der Baron, „aber Ehren und Standesvorzüge sind nothwendig zum Wohle der Menschheit."

„Ich würde mit Napoleon sagen, daß es Kinderklappern sind."

„Nun gut", rief Hammersteen, „mögen es denn Kinderklappern sein, aber wie viele Kinder giebt es? So viele als Völker sind. Man macht die Kinder damit stolz und folgsam, das ist das Beste. Niemand hat dies so verstanden, als der satanische Korse selbst. Sie sind auf den Inseln wohlbekannt, Ihre Familie ist geachtet, im ganzen Herzogthum haben Sie Freunde; von der Universität her begleitet Sie der Ruf eines kühnen und thatkräftigen jungen Mannes. Glauben Sie, daß man dies nicht weiß?"

„Machen Sie sich selbst alle Folgerungen", fuhr er dann fort, „doch so viel ist gewiß, daß die Weisheit unserer väterlichen Regierung es nicht übersieht, wie wichtig es ist, talentvolle Männer aus den Herzogthümern zu Ehren und in Stellungen zu bringen, wo sie dem gemeinsamen Vaterlande versöhnend nützen können."

„Das heißt dem Regierungssystem wie es ist", sagte Lornsen stolz.

„Mein junger Freund", rief Hammersteen, „nichts ist seltsamer, als wenn ein Mann von Geist die Welt so haben will, wie er sie sich denkt. Den Verhältnissen Rechnung

— Die Untersuchung in Toulon scheint zu ergeben, daß nur das prismatische braune Pulver, wovon volle 67 Tonnen vorhanden waren, sich entflammt hat, während das weiße Pulver unangezündet umhergeschleudert wurde und weithin gleich einer Schneeschicht das Gebäude bedeckt. An Stelle des braunen Pulvers hat sich in der Erde ein Loch von 10 Metern Durchmesser und von riesiger Tiefe gebildet. Eine grauenhafte Einzelheit wurde noch entdeckt. In einer zertrümmerten Herberge fand man unter der eingestürzten Decke der Schankstube die zermalmten Leichen von 10—19 Schläfern, durchweg fremde Arbeiter. Es konnte ihre genaue Anzahl nicht einmal festgestellt werden. — Eine Meuterei brach im Bagno von Santona (Spanien) unter den Sträflingen aus. Als die Polizei einschritt, kam es zu einem Zusammenstoß, bei welchem ein Sträfling getödtet, sieben verwundet wurden. — Eine Felspartie, welche die Ortschaft Recuerza in Spanien beherrscht, stürzte ab und zerstörte 10 Häuser. Elf Personen wurden getödtet. — Die Stadt Dyea in Alaska, wichtig für die Goldsucher, ist am vorigen Donnerstag fast gänzlich niedergebrannt. Der Schaden wird auf mehr als eine Million Dollars geschätzt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist am Mittwoch der jugendliche Handlungsgehilfe Moses in Berlin zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Er war von einem Bekannten namens Friedländer, der durch die Schuld des Angeklagten zu einer Geldstrafe verurtheilt worden war, denunzirt worden, daß er zur Zeit, als die Nachricht über das irrthümliche Eindringen eines Feuerwehrmannes in das Schlafgemach des Kaiserpaares in Potsdam in die Oeffentlichkeit drang, eine unflätige Bemerkung gemacht habe. Trotz des feindseligen Verhältnisses, in welchem der Belastungszeuge zu dem Angeklagten stand, hielt der Gerichtshof die in der Strafanzeige behauptete Thatsache für erwiesen. Er verurtheilte den Angeklagten zur niedrigsten Strafe, da er annahm, daß die beleidigende Aeußerung mehr aus Unüberlegtheit, als in der Absicht, eine Mißachtung gegen das Kaiserpaar auszudrücken, gefallen sei. — Wegen Majestätsbeleidigung wurde Dienstag vor der Strafkammer in Braunschweig gegen den Lohgerber Franz Fischeder aus Wolfenbüttel verhandelt. Die Verhandlung fand natürlich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt und endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu vier Monaten Gefängniß. Vor derselben Strafkammer hatte sich wegen des gleichen Vergehens der Anbauer Genosse Grimminger aus Veltenhof zu verantworten, der aus Rache denunzirt war. Das Gericht erkannte jedoch Freisprechung. — Der Töpfer und Gymnastiker Vorwerk aus Mühlau sollte im Januar in Mittweida wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung verhaftet werden. Auf dem Wege nach der Polizeiwache leistete er drei städtischen Schutzleuten gegenüber Widerstand, in der Arrestzelle zerriß er vorsätzlich einen der Stadtgemeinde gehörigen Strohsack und stieß eine Majestätsbeleidigung aus. Das Chemnitzer Landgericht verurtheilte ihn insgesammt zu sieben Monaten Gefängniß. — Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde in Dortmund gegen den Maurerpolier Johann Hausmann aus Sölde verhandelt. Wegen Majestätsbeleidigung, begangen am 3. Januar in Sölderholz, wurde der Angeklagte zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt. Seiner Behauptung, daß er von einer Beleidigung des Kaisers nichts wisse und daß er dieselbe, wenn überhaupt, nur in einem Anfall von Geistesstörung, woran er in Folge eines Unfalles häufiger leide, gethan habe, schenkte der Gerichtshof auf Grund der Beweisaufnahme und eines ärztlichen Gutachtens keinen Glauben. — Der Tischler Friedrich Kern von Halfing brachte in der Trunkenheit am 26. Januar im Tutzinger Hof in Tutzing die Person des bairischen Prinzregenten in Verbindung mit einem hauptsächlich während der Oktoberfestzeit in München auftauchenden bekannten Original. Er bekam dafür zwei Monate einen Tag Gefängniß und wegen groben Unfugs fünf Tage Haft. — Wegen Majestätsbeleidigung ist in Oels der Arbeiter Gottlieb Scharf aus Sulau zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Der vom Reichsgericht wegen Spionage verurtheilte Goldhurmer ist nach der „Petite République" ein Opfer des auch in die Dreyfus-Esterhazy-Affäre verwickelten früheren Polizeiagenten Decrion. Dieser sitzt seit einiger Zeit in Paris in Untersuchungshaft; es wird ihm zur Last gelegt, bei Ausübung seines Gewerbes als französischer Spion auch der deutschen Regierung Spionendienste geleistet und einen gewissen Francois Dececq zwecks Ausübung der Spionage nach Metz geschickt, ihn aber den deutschen Behörden denunzirt zu haben, so daß er verhaftet und verurtheilt wurde. In gleicher Weise soll er auch den Goldhurmer an's Messer geliefert haben. Nach der „Pet. Republ." hätte der in elenden Verhältnissen lebende Goldhurmer zu seinem Unglück den Decrion in einem Caffee kennen gelernt und von ihm das Anerbieten erhalten, zwecks Spionage nach Deutschland zu gehen. Goldhurmer, der nicht einmal die Miethe für sein im sechsten Stock gelegenes ärmliches Zimmer aufbringen konnte, sei von dem Zusammentreffen mit Decrion vergnügt nach Hause gekommen und habe seiner Geliebten gesagt, er habe im Auftrag eines Bijouteriegeschäfts eine Reise nach Landau und dann nach Belgien zu machen. Tags darauf sei er abgereist und nicht wiedergekommen. Im November v. J. sei ein aus dem Gefängniß in Metz datirter Brief Goldhurmer's an den Hausmeister des Hauses, in welchem er gewohnt, gekommen mit der Bitte, ihm Kleidungsstücke und leihweise 150 Frcs. zu senden; er sei arretirt. Weitere Angaben enthielt der Brief nicht. Dann hörte man nichts mehr von Goldhurmer, bis seine Verurtheilung zu 5 Jahren Zuchthaus gemeldet wurde. — Dieser Decrion muß allerdings ein Schurke ersten Ranges sein! Aber auf den Werth des „militärischen Nachrichtendienstes" wirft diese Geschichte wieder ein schönes Licht.

Dem Zuchthauskurs und seinem Einfluß scheinen die hessischen Richter nicht so zugänglich zu sein, wie ihre Kollegen anderwärts. Vorige Woche standen vor der Strafkammer in Darmstadt sechs Maurer von Sprendlingen wegen Bedrohung und Beschimpfung Arbeitswilliger. Gelegentlich des Frankfurter Maurerstreiks waren die Bedrohten auch dem Verbande beigetreten und versprachen, die Arbeit mit einzustellen, thaten dies jedoch nicht, sondern arbeiteten weiter, mit anderen Worten, wurden sogenannte „Arbeitswillige". Einer der Angeklagten, der schon wiederholt vorbestraft ist, sagte: „Geb mir emol den Streikbrecher her, ich heut en uff", erhielt dieserhalb fünf Wochen Gefängniß; drei Angeklagte wurden zu je 20 Mark Geldstrafe verurtheilt und zwei Angeklagte freigesprochen. In der Begründung des Urtheils wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß den Arbeitern unzweifelhaft das Recht zustehe, behufs Erzielung besserer Lohn und Arbeitsbedingungen sich zu koaliren, wenn dann Arbeiter, wie die Bedrohten, sich der Koalition anschließen und hinterher ihr Wort brechen, so sei dann die Aufregung der übrigen Betheiligten begreiflich und mußten deshalb, wie geschehen, mildernde Umstände in Betracht kommen; wenn trotzdem dem einen Angeklagten fünf Wochen Gefängniß zuerkannt werden mußten, so waren hier die Vorstrafen entscheidend. — Im Großherzogthum Baden hatte anläßlich irgend einer patriotischen Feier ein Schlachtermeister die Transparent-Inschrift angebracht: „Wer unsern Fürsten nicht thut achten, Den bringt mir her, ich will ihn schlachten!" Der Mann ist nicht angeklagt worden, obgleich seine fürchterliche Drohung gewiß genau so ernst gemeint war, wie die des Sprendlinger Maurers.

Der älteste noch dienstthuende deutsche Feuerwehrmann ist der jetzt 81jährige Schuhmachermeister Dankhoff in Luckenwalde. Der alte Mann, welcher sogar noch als Zugführer seiner heimathlichen Wehr amtirt und erst kürzlich bei einem Fabrikbrande rüstig mit Hand anlegte, hat im Jahre 1842 auch bei der Bewältigung des großen Hamburger Brandes mitgewirkt und zwar als Pionier des 3. Magdeburgischen Pionier-Bataillons, das, um Löschhülfe zu leisten, nach Hamburg gesandt worden war. Aus jener Zeit her besitzt auch der Veteran der Feuerwehr eine Medaille mit der Aufschrift: „Das dankbare Hamburg seinen Freunden in der Noth 1842." Von den militärischen Löschmannschaften, welche seine Zeit in Hamburg eine so verdienstvolle Thätigkeit entfalteten, lebten im Jahre 1892, als die Stadt Hamburg den 50jährigen Gedenktag jenes Brandes beging — der alte Dankhoff hatte aus diesem Anlaß einen Betrag von 50 Mk. zur Reise nach Hamburg zugesandt erhalten — nur noch vier Mann. Heute ist Meister Dankhoff der Einzige, der von diesen Braven noch am Leben ist.

Eine klassische Art gegen den Umsturz mobil zu machen, schildert der Stuttgarter „Beobachter" aus einer „nationalen" Parteivereinigung in dem weinfrohen Weinsberg. Sie traten zusammen, die Beamten und Schulzen heißen und die paar bündlerischen Mitläufer die zur bunte volée der „Vereinigung" gehören dürfen und schufen ein Programm. Ebenso eingehend als praktisch wurde die große Aufgabe gelöst; die Menge politischer und wirthschaftlicher Weisheit wurde tiefsinnig erfaßt und geradezu verblüffend in eine knappe Form gegossen. Man höre: Oberamtsarzt Höring: Erste Frage: Wer ist für unsern König? Der möge sich erheben! (Alle erheben sich.) — Zweite Frage: Wer ist für Kaiser und Reich? (Einmüthig erhebt sich wieder die Tischrunde). — Dritte Frage: Wer ist dafür, daß er im Besitz seines Hauses und Hofes bleibe? (Alle schnellen empor.) — Oberamtsarzt: „Ich constatire, daß Sie auf dieser Grundlage alle zusammen gekommen zur Bekämpfung des Umsturzes!!!" — Damit war das Programm geschaffen, angenommen und in Kraft gesetzt. So macht man „nationale" Politik!

Die verwahrloste Erziehung. Man berichtet aus Wien: Ein sechszehnjähriges Mädchen von kindlichem Aussehen stand vor dem Bezirksgerichte Josephstadt unter der Anklage der Vagabondage und der Irreführung der Polizei. Seit zwei Jahren führt Marie Mayer, dies der Name der Angeklagten, einen lüderlichen Lebenswandel. Vor einiger Zeit erschlich sie sich von der Polizeibehörde die Licenz zur Führung ihres unmoralischen Lebenswandels dadurch, daß sie über ihre Person falsche Angaben machte. Die Angeklagte war geständig. — Richter: Wer war Ihr Vater? — Angeklagte: Den habe ich nie gekannt. — Richter: Haben Sie sich nie um eine ordentliche Arbeit umgesehen? — Angeklagte: Nein. — Das Urtheil lautete auf drei Wochen strengen Arrests, gleichzeitig wurde die Zulässigkeit der Abgabe der Angeklagten in eine Korrektionsanstalt ausgesprochen. Als der Richter in der Urtheilsbegründung von einer verwahrlosten Erziehung der Angeklagten sprach, bemerkte Letztere: „Ich bin ja drei Jahre hindurch in einer Wiener Klosterschule erzogen worden."

Behandlung tollwuthverdächtiger Personen. Auf Veranlassung des kaiserlichen Reichsgesundheitsamts in Berlin ist jetzt über die Frage, ob eine tollwuthverdächtige Person gezwungen werden kann, sich der Behandlung der Berliner Tollwuthstation zu unterziehen, eine endgültige Entscheidung getroffen worden. Danach sind tollwuthverdächtige Personen nicht verpflichtet, die Hülfe der Tollwuthstation in Anspruch zu nehmen. Hingegen hat sich die betreffende Person geeigneten polizeilichen Vorschriften zu ihrer Isolirung zu fügen. Der erste Fall dieser Art wird aus Gleiwitz gemeldet. Ein dort wohnender Fleischergeselle, der von einem tollwüthigen Hund gebissen worden war, weigerte sich trotz wiederholter Aufforderung seitens des kaiserlichen Reichsgesundheitsamts, die Tollwuthstation der königlichen Charitee zu Berlin aufzusuchen. Auf höhere Weisung hin hat nun die Gleiwitzer Polizeiverwaltung dem Fleischergesellen bei Androhung von Strafe im Falle des Zuwiderhandelns aufgegeben, innerhalb eines Jahres Gleiwitz nicht zu verlassen und sich während dieser Zeit wöchentlich zweimal dem dortigen Kreisphysikus zur Untersuchung zu stellen.

---

tragen, sich ihnen anpassen, sich eine Stellung geben, wo es möglich wird, einzugreifen, um Gutes zu stiften, entweder sich selbst, oder nach Umständen für alle, das ist die Aufgabe."

„Hier liegt der Weg Ihnen dazu offen. Macht, Herr Lornsen, Macht, das ist die Sache. Schaffen Sie sich diese, wo nicht, so bleibt nichts übrig, als in Dunkelheit zu sterben."

„Macht kann in verschiedenen Wegen erreicht werden!" erwiderte Jens.

„O! ich verstehe", lachte der alte Herr. „Unsere Volksbeglücker suchen sie auf der anderen Seite, bei der großen Masse. Man macht sich beliebt, man schreit und schreibt, man wird in den Ständesaal gewählt, glänzt als Führer der Opposition, bringt die Regierung in Verlegenheit, reizt auf und reizt fort, stürzt die alte Herrschaft endlich und steigt in den Sattel. Noch sind wir aber nicht so weit, lieber Lornsen, und werden so bald, Gott sei Dank, auch nicht dahin kommen. Aber was hat es denen genützt, die von dem Ungeheuer, Volksgunst genannt, sich tragen ließen? Was hat es selbst den glücklichsten Usurpatoren genützt, die ihre rechtmäßigen Herren beraubten? Schmach, Kerker, Armuth, Verfolgung und Unglück sind ihr gerechter Lohn geworden."

„Völker sind ewig undankbar, dankbar sind nur die Fürsten. Sie sind jung, Lornsen, Sie sind weder durch Geburt, noch durch Besitz besonders bevorzugt, es giebt also vieles, was sie erwerben können. Das Leben ist ein Rechenexempel, dessen Schluß, wie Weise und Narren gleichmäßig behaupten, jedenfalls der Tod ist. Aber was dazwischen liegt, die Ausfüllung des Raumes mit gültigen Zahlen oder Nullen, darauf kommt es an. Sie haben alles in Ihrer Hand. Sie sind voll Kraft und Kühnheit, ich freue mich daran; sind ein Mann, der den Augen gefällt, der den Weibern Herzweh macht; bedenken Sie auch diese Seite, mein junger Freund. Eine vortheilhafte Partie, die in ein Gewebe wichtiger Familienverbindungen führt, das giebt Stützen für einen Staatsmann. Hätte Struensee, statt einen albernen Liebesroman mit der Königin aufzuführen, Holks oder Rantzaus Tochter oder Schwester geheirathet, er würde weder Hand noch Kopf auf den Block des Henkers gelegt haben. Doch ich sehe es Ihnen an," rief er lachend, „Sie glauben noch an das selige Gefühl der Liebe, das Ihnen mehr gilt in seiner Unmittelbarkeit, als alle Verstandeswahl."

„Wenn diese nur dem Ehrgeiz oder Eigennutz dienen soll, habe ich allerdings keine Anerkennung dafür," erwiderte Jens.

„Nun, das ist kein Kapitel, woran für jetzt auch nicht von Ihnen gearbeitet werden kann," sagte Hammersteen. „Gehen Sie zu Lina hinunter, lieber Lornsen, Sie werden gewiß erwartet, ich komme Ihnen nach."

Lornsen traf die Tochter des Staatsraths allein. Sie saß am Flügel und nickte ihm entgegen, ohne sich stören zu lassen. Er setzte sich in ihre Nähe und hörte lange zu. Ihr Spiel war vollendet; sie sang ein paar neue Opernarien, plauderte über Kunst und Gesang und sagte dann, plötzlich aufhörend; „Was fehlt Ihnen, Lornsen? Sie sehen betrübt aus. Sie gehören zu den Menschen, die ihre Freude wie ihr Leid nicht verbergen können; man liest es in Ihren Augen, daß Ihr Geist durch irgend eine Last bedrückt ist."

„Und doch täuschen Sie sich," erwiderte er. „Ich habe heute aus Sylt eine Nachricht erhalten, die mich freudig bewegt hat. Zwei Menschen haben sich dort verbunden, die mir beide lieb sind, und an deren Glück ich von ganzem Herzen Theil nehme."

„Ist es jene Hanna Petersen, von der Sie mir erzählt haben?" fragte Lina.

„Dieselbe," erwiderte er. „Sie hat meinen Freund Hilgen geheirathet."

„Und keine Spur von Eifersucht," rief Lina, ihn forschend anblickend, „keine Reue hat Sie ergriffen?"

„Was könnte ich zu bereuen haben?" sagte er stolz.

„Nichts!" erwiderte sie und ein Blick flog über ihn hin, der in seinem Herzen das Blut zusammenpreßte. „Sonderbar, daß wir uns in Helgoland finden mußten, mein theurer Freund. Regiert der Zufall die Welt, oder giebt es Bestimmungen, die das Schicksal der Menschen leiten? Und wer, Lornsen, wer hält die Fäden in seiner Hand, wer entwirrt sie und gebietet über das Loos der Sterblichen?!"

„Der feste Menschenwille," erwiderte er.

„Liegt es nur daran," rief das Fräulein. „Ich höre meinen Vater draußen, er würde anderer Meinung sein; aber laßt uns sehen, wie weit wir damit kommen können."

Als Lornsen ein Jahr in der dänischen Hauptstadt gelebt hatte, war er zwar kein Däne geworden, aber er hatte sich eingelebt in die Verhältnisse, hatte Kreise und Freunde gefunden, und seine äußere Stellung hatte sich wesentlich verbessert. Durch seine Befreundung mit dem Staatsrath konnte es nicht fehlen, daß auch andere Männer und Familien von Bedeutung sich ihm näherten und daß er zu Verbindungen gelangte, die ihm nützlich und angenehm waren.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck.